

# Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- ***Koalitionsvertrag: Gebremste Initiative der Union und aufrechte Untertänigkeit bei der SPD – Seite 4***
- ***Frankreich: Hintergründe der Ereignisse in den Trabantenstädten – Seite 7***
- ***Europäischer Kongress: Privatisierungsgegner vernetzen sich europaweit – Seite 12***
- ***Weiterbildung: eine dramatische Situation – Seite 15***
- ***Tarifpolitische Konferenz des EMB und Entwicklungstendenzen in Europa – Seite 18***

Ausgabe Nr. 23 am 17. November 2005, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

## Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK  
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

**Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung:** Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

**Regionales / Gewerkschaftliches:** Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

**Diskussion / Dokumentation:** Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

**In und bei der PDS:** Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

**Termine:** Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

**Verlag:** GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

**Druck:** GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

## Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ..... Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Kto-Nr. ....

BLZ: .....

Bank: .....

Unterschrift: .....

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

## Wirtschaftsblatt schäumt über Sachverständigenrat

*Handelsblatt*, 10.11. rül. Am 9.11. hat der „Sachverständigenrat der Bundesregierung zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ sein neues Jahresgutachten vorgelegt. Inhaltlich kam von Prof. Rürup & Co. nichts Überraschendes – weniger Staat gleich mehr Wachstum, Finanzierung der sozialen Sicherung mehr aus Steuern und weniger aus Sozialabgaben, die seit 30 Jahren bekannte Litanei eben. Berichtenswert ist aber die Reaktion des „Handelsblatts“. Der Sachverständigenrat sei ein „glatter Ausfall“, schimpfte das Blatt, das Beratergremium lasse die Regierung „völlig alleine, Probleme von heute mit den Mitteln des politischen Möglichen zu lösen“. Damit käme auf die neue Regierung noch eine Aufgabe zu – sie müsse den Sachverständigenrat entweder praxisnah organisieren „oder ihn auflösen“. Offenbar hat sich das völlige Scheitern der immergleichen liberalen Rezepte des Rates – runter mit der Staatsquote, runter mit den Steuern für Unternehmer und Besserverdiener, dann brummt die Wirtschaft und die fleißige Elite reißt die Wirtschaft aus der Stagnation – ebenso wie die ständig falschen Steuerschätzungen und Konjunkturprognosen inzwischen auch in Wirtschaftskreisen herumgesprochen, deren Geduld mit solchen „Sachverständigen“ ist erschöpft. Auf die Beraterzunft kommen schwere Zeiten zu.

## Zweitwohnungssteuer teilweise nichtig

*Handelsblatt*, 11.11. rül. Das Bundesverfassungsgericht hat die Bemühungen vieler Gemeinden, über eine Zweitwohnungssteuer ihre Kassen aufgefüllt, gebremst. Am 10.11. entschied das Gericht, dass bei verheirateten Berufstätigen eine solche Steuer gegen den Schutz der Familie verstößt und deshalb nichtig sei. Wer zusätzlich zu seinem Familienwohnsitz aus beruflichen Gründen eine Zweitwohnung am Arbeitsort unterhalten müsse, dürfe deshalb nicht noch zusätzlich besteuert werden.

## Organisation von Glauben

*BR5*, 15.11. maf. Dienstags früh meldete der bayerische Rundfunk, der Bischof von Regensburg werde den von den Gemeinden gewählten Diözesanrat auflösen und durch einen Pastoralrat ersetzen, dessen Mitglieder künftig durch den Bischof berufen würden. Der Bischof hatte bereits im Sommer die Ordnung zur Wahl der Pfarrgemeinderäte gegen lebhaft Proteste aus eigenem Entschluss neu gestaltet und sich die



Bischöfe dürfen ein selbst gewähltes Wappen führen. Bischof Dr. Gerhard Ludwig Müller wählte den Wappenspruch: „Dominus Jesus“. Dominus ist Latein und bezeichnet das Oberhaupt einer Sklaven haltenden Sippe.

Kirchenrechtmäßigkeit seines Vorgehens vatikanisch bestätigen lassen. Der jetzt aufgelöste Diözesanrat hat das Zentralkomitee der Katholiken auf seiner Seite, aber das nützt nichts, denn wie es in der „dogmatischen Konstitution des 2. Vatikanischen Konzils“ über die Bischöfe heißt: „In ihnen und aus ihnen besteht die eine und einzige katholische Kirche“. Sie „üben als einzelne ihr Hirtenamt über den ihnen anvertrauten Anteil des Gottesvolkes ...“ (Lumen Gentium 23). – Anlässlich dieser veralteten und undemokratischen Grundsätze fragt sich: Steht der Austritt aus der katholischen Kirche allen Betroffenen offen? Das ist genau genommen nicht gegeben, erhält doch die Kirchenorganisation neben der Kirchensteuer erhebliche öffentliche Zuschüsse für Tätigkeiten im Sozialbereich. Dort fordert sie den Beschäftigten die Mitgliedschaft in ihrer Organisation ab.

## Von China lernen?

*ngo-online.de*, 11.11. alk. Bei seinem Staatsbesuch in der Bundesrepublik weilte der chinesische Staatspräsident Hu Jintao auch beim Asien-Pazifik-Ausschuss der deutschen Wirtschaft in Berlin. Er äußerte sich dort zur chinesischen Energiepolitik; zur Verbreiterung der Basis werde auch der Ausbau der Kernenergie gehören. Er lade deutsche Firmen zur Zusammenarbeit ein. Siemens-Aufsichtsratschef Heinrich von Pierer war begeistert und meinte, es gebe „viele Gebiete, wo wir von China lernen können“. Der Druck auf die CDU, den Atomausstieg in der Bundesrepublik zu beenden, wird deutlich zunehmen. Schließlich war von Pierer als

Politische Berichte im Internet: [www.gnn-verlage.com](http://www.gnn-verlage.com)

sogenannter Wirtschaftsexperte Berater der CDU im Wahlkampf.

Neben Siemens können aber auch andere am Energiegeschäft beteiligte Konzerne auf Chinageschäfte hoffen. Staatspräsident Hu sprach davon, Basis der Energieerzeugung in China bleibe die Kohle, da könnten deutsche Firmen mit ihrem Umwelt-Know-how einen Beitrag zur Entwicklung einer „sauberen Technologie“ leisten.

## Protest gegen EU-Chemikalienrichtlinie

taz.11.11. hav. 75 Prozent aller Krebs-erkrankungen sind direkt oder indirekt auf schädliche Umwelteinflüsse zurückzuführen. Die restlichen 25 Prozent werden durch Tabak ausgelöst. Diese Einschätzung präsentierten letzte Woche Krebspezialisten und Kinderärzte in Brüssel. Sie gehören dem „Pariser Appell“ an, den 70 Wissenschaftler initiiert haben – darunter Nobelpreisträger. Gemeinsam wollen sie verhindern, dass die EU-Chemikalienrichtlinie Reach verwässert wird. Die Ärzte in Brüssel wurden auch regional unterstützt: In Berlin äußerte sich der Vorsitzende des Umweltausschusses der Bundesärztekammer ebenfalls alarmiert. „Im Blut eines Europäers finden sich bis zu 300 Chemikalien. Selbst im Nabelschnurblut von ungeborenen Kindern werden Chemikalien gefunden“, sagte Heyo Eckel. Zudem sei nicht nur die genaue Wirkung vieler Stoffe unbekannt – sondern auch die kombinierte Wirkung dieser Chemikalien-Cocktails. Eckel kritisierte, dass Reach nur chemische Stoffe in Reinform betrifft, nicht aber die Produkte, mit denen die Verbraucher real in Berührung kommen, wie Textilien oder Spielzeug. „Die Pflicht zur Registrierung ist auf solche Produkte auszuweiten.“ Eckel monierte auch, dass Reach jene chemischen Stoffe nicht betreffen soll, von denen im Jahr weniger als eine Tonne produziert wird. „Der Entwurf enthält keinen Mechanismus, der Stoffe mit hohen Gesundheitsrisiken erkennt, wenn sie nur in kleinen Mengen hergestellt werden.“

## 298 Leopard-Panzer an Türkei

taz, 9.11. rül. Der Verkauf deutscher Leopard-Kampfpanzer an die Türkei ist besiegelt. Noch während der laufenden Koalitionsverhandlungen über die Bildung einer neuen Regierung unterzeichneten Vertreter der amtierenden rot-grünen Bundesregierung und der Türkei einen Vertrag zur Lieferung von 298 gebrauchten Panzern. Wegen der Menschenrechtslage in der Türkei waren Panzerexporte in den letzten Jahren heftig umstritten gewesen. 1999 hatte die Bitte der türkischen Regierung um einen Testpanzer eine Krise in der rot-grünen Koalition ausgelöst. Im vergan-

## Unternehmenskultur

FAZ, 12.11./Süddt. Ztg., 14.11. VW hat einen neuen Arbeitsdirektor. Die Wahl stand nicht auf der Tagesordnung zur Sitzung des Aufsichtsrates. Sie wurde möglich, weil Lord Simon von der Arbeitgeberseite wegen Krankheit fehlte. So konnten die anwesenden Vertreter der Anteilseigner ihren Wunsch nach Vertagung nicht durchsetzen. Die Wahl kam auf die Tagesordnung und dann wurde Neumann Arbeitsdirektor mit den Stimmen aller zehn Arbeitnehmervertreter im VW-Aufsichtsrat sowie des Aufsichtsratschefs Ferdinand Piëch und zweier Vertreter der Anteilseignerseite. Neumann, der bisher Personalchef der VW-Tochter Audi war, erhält einen Vertrag über fünf Jahre. Der Vorgang, den der IG-Metall-Vorsitzende Peters gemanagt hat, soll nach dem Bericht der FAZ tiefe Wunden im Aufsichtsrat hinterlassen haben.



Nach der Aufsichtsratssitzung: Piëch, Liesen, Peters, Pischetsrieder.

genen Jahr befürwortete Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) ein solches Geschäft, weil sich die Situation durch die Annäherung der Türkei an die EU verändert habe. Dass die Bundesregierung nun am gleichen Tag, an dem die EU in ihrem neuen „Fortschrittsbericht“ erhebliche Kritik an der Menschenrechtssituation in der Türkei vorträgt, der Lieferung von 298 Panzern zustimmt, macht deutlich, wie wenig Rücksicht auf Menschenrechtsverletzungen die neue Regierung bei ihrer Außenpolitik nehmen will.

## EU droht Weißrussland

Die Presse, 10.11. hav. Benita Ferrero-Waldner, EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik, hat eine härtere Gangart der EU gegen das Regime in Weißrussland angedeutet. Das „Einfrieren von Vermögen“ im Ausland sei als weitere Sanktionsmaßnahme möglich, um den Druck auf Präsidenten Alexander Lukaschenko zu erhöhen, sagte Ferrero-Waldner am Mittwoch vor Journalisten in Moskau. Sie hielt sich zusammen mit dem britischen Außenminister Jack Straw und dem EU-Außenbeauftragten Javier Solana in Moskau auf. Ferrero-Waldner räumte Differenzen mit der russischen Führung in der Weißrussland-Politik und der Bewertung von Wahlen im post-sowjetischen Raum ein. Russland müsste ein Interesse daran haben und könnte helfen, dass sich in Weißrussland eine demokratische Zivilgesellschaft entwickle.

Für die russische Exklave Kaliningrad, die von EU-Gebiet umschlossen ist, stellt die EU für 2006 insgesamt 25 Millionen Euro an Wirtschaftshilfe zur Verfügung. Kaliningrad müsse von der EU-Erweiterung profitieren, sagte Ferrero. Zudem vereinbarte die EU-Troika in Moskau auch die Gründung eines Instituts für Europäische Studien, das an der Moskauer Hochschule für Internationale Beziehungen (MGIMO) angesie-

delt sein soll. Die EU wird bis zu 50 Prozent der Kosten übernehmen und hat für die ersten drei Jahre drei Millionen Euro bereitgestellt.

## EU fragt nach CIA-Lagern

dpa/epd. 11.11. hav. Die Europäische Union prüft US-amerikanische Medienberichte über angebliche CIA-Geheimgefängnisse in Europa. Kommissionssprecher Friso Roscam Abbinge sagte am Donnerstag in Brüssel, alle 25 Mitgliedsregierungen würden zu den Vorwürfen befragt. Wenn alle Berichte eingegangen seien, werde sich zeigen, ob es eine Bestätigung gebe. Solche Gefängnisse seien unvereinbar mit der europäischen Menschenrechtskonvention. Für deren Einhaltung sei nicht die EU zuständig, sondern der Europarat mit dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof und dem Anti-Folter-Komitee. Alle 25 EU-Staaten und die Beitrittskandidaten seien aber Unterzeichner der Menschenrechtskonvention. Geheimgefängnisse wären ein Beitrittshindernis.

Die Washington Post hatte berichtet, der US-Geheimdienst unterhalte mehrere geheime Gefängnisse für mutmaßliche Terroristen in einigen osteuropäischen Staaten sowie in Asien. Vor allem wichtige Mitglieder der Terrororganisation Al Qaida seien hier verhört worden. Die US-Behörden nahmen bislang nicht zu dem Bericht Stellung.

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch nannte als mögliche Länder, in denen es solche Gefängnisse gebe, Polen und Rumänien. Ein Sprecher sagte der polnischen Tageszeitung Gazeta Wyborcza, er habe Beweise, dass ein von der CIA zum Transport von Häftlingen gechartertes Flugzeug 2003 in Polen und anderen osteuropäischen Ländern landete. Er nannte laut Gazeta Wyborcza Masuren als möglichen Standort eines CIA-Gefängnisses.

Zusammenstellung: alk

# Gebremste Initiative der Union bei aufrechter Untertänigkeit der SPD

Die Nicht-Wahl des Vorsitzenden der Linkspartei in das Bundestagspräsidium hat gewiss viele Gründe, sicher ist lediglich, dass eine Mehrheit der Abgeordneten die neue Linkspartei nicht respektiert. Nach diesem Vorgang kann sich die Linkspartei Strategien abschminken, die mit dem Gedanken einer Mehrheit Rot-Grün-Rot spielen. Vielleicht hätte diese Art geheimer Klarstellung durch einen anderen Personalsvorschlag umgangen werden können. Eine Glanzleistung der Fraktionsführung war das nicht. Wesentlich ist aber, dass mit diesem Vorgang eine Grundkonstellation dieses Bundestags klar geworden ist, und da kann man schon sagen: je eher desto besser. Die Linkspartei bleibt im Bundestag darauf verwiesen, die Anliegen und Kritiken der gesellschaftlichen Bewegungen, herausgehoben der Gewerkschaftsbewegung, aufzugreifen, die Gesamtpartei hingegen muss vor allem mit Blick auf praktische Politik auf der Ebene der Kommunen und der Bundesländer aus der „neuen sozialen Idee“ etwas politisch Greifbares machen. Hoffentlich wird sie nicht, wie Lafontaine es vorhat, die anstehenden Wahlen ausschließlich

als Plebiszit über die Bundespolitik begreifen.

## Die Optionen der Parteien

Die Regierungsbildung steht nun unmittelbar bevor und zur Zeit zweifelt niemand, dass Frau Merkel die Kanzlermehrheit erreichen wird. In der neuen Konstellation zwischen Wählerschaft, Parteien, Parlament, Regierung, Exekutive trat in dieser ersten Phase besonders deutlich die Rolle der Parteien hervor, denen der von den zur Regierungsbildung entschlossenen Fraktionen erarbeitete Koalitionsvertrag zur Billigung vorgelegt wurde. Was macht die Opposition?

Die Bündnisgrünen hatten für den Fall des Ausstiegs aus dem Atomausstieg mit einer Mobilisierung gesellschaftlicher Kräfte und zivilem Ungehorsam gedroht („... sehen wir uns auf dem Acker wieder“, wir berichteten).

Die FDP hat angekündigt, wegen des überschuldeten Haushalts vor Gericht zu ziehen.

Die Linkspartei wirbt für die Finanzierung des Staatsdefizits durch die Reichen, durch Steuern auf Einkommen, auf Erbschaft und Vermögen. Ope-

rativ zielt das darauf, der SPD bei kommenden Wahlen Stimmen abzujagen, denn realistisch Rot-Grün-Rot mehrheitsfähig ist ein solches Konzept nicht. Während die Bündnisgrünen und die FDP aus eigenem Entschluss tun können, was sie androhen, hängen die Kritiken der Linkspartei in der Luft. Lafontaine kündigt an, die nächsten Wahlen zu „Vermögenssteuerwahlen“ zu machen. Unterstellt, das wäre der Weg, könnte diese Strategie Vernünftige nur mobilisieren, wenn eine Mehrheit dafür in Aussicht stünde. Die SPD wird auf ein solches Angebot nicht einsteigen.

## Unbeachtet fortschreitende Militarisierung

In den Koalitionsverhandlungen hat man sich in der Außen- und Sicherheitspolitik sehr schnell geeinigt: Die allgemeine Wehrpflicht wird weiterbestehen. Das scheint denkbar unsensationell, gibt es diese Einrichtung doch nunmehr 50 Jahre lang. Da sich jedoch die außenpolitischen Bedingungen änderten, muss interpretiert werden, wozu die BRD, politisch, ökonomisch und wirtschaftlich eingebettet in die EU, eine solche Wehrmacht braucht. Die

## Die Linke.: Große Koalition Mist, immer feste druff auf die Kleinen.

Aus der Pressekonferenz von Gregor Gysi und Oskar Lafontaine am 14. November in Berlin.

**Oskar Lafontaine:** Diese große Koalition ist von Anfang an belastet, weil sie das Vertrauen in unsere Demokratie untergräbt. Wenn die Wählerinnen und Wähler immer wieder erfahren, dass das, was vor den Wahlen gesagt wird, eigentlich für den Schornstein ist, dass man sich gewissermaßen daran gewöhnen muss, dass alles, was vor den Wahlen gesagt wird, keine Verbindlichkeit mehr hat, dann werden die Wählerinnen und Wähler zu recht immer politikverdrossener, weil sie sagen, man kann denen ja überhaupt nichts mehr glauben. Das betrifft dann nicht nur die Koalitionäre, das betrifft die gesamte politische Klasse, wie wir mit Bedauern feststellen müssen, denn die Wählerinnen und Wähler differenzieren bei fortgesetzter Wählertäuschung irgendwann nicht mehr, sondern glauben, die lügen uns alle nur die Hücke voll und vor den Wahlen ist es praktisch die Regel, dass gelogen wird. Das ist jetzt die Erfahrung der letzten beiden Jahrzehnte, dass im-

mer wieder in ganz zentralen Fragen schlicht und einfach gelogen wurde.

Heute ist es die Mehrwertsteuer. Da sagt eine Partei im Wahlkampf, wer die Merkelsteuer verhindern will, der muss SPD wählen. Ich frage mich, was jetzt eigentlich SPD-Wählerinnen und Wähler sich denken. Und man muss auf der anderen Seite dann Wählerinnen und Wähler in ihrer Treue bewundern, dass sie selbst bei den gravierendsten Vertrauensbrüchen in Serie dann doch immer wieder bereit sind, derselben Partei das Vertrauen zu schenken.

Ich bin dafür, dass wir, so wie diese Wahl eine Mehrwertsteuerwahl war, die nächsten Wahlen zu Vermögensteuerwahlen machen und der Bevölkerung sagen, wer jetzt will, dass es etwas gerechter zugehen kann in Deutschland, der muss die Parteien unterstützen, die für den Ausbau der Vermögensteuer eintreten. Also erste Feststellung, Vertrauen in unsere Demokratie ist untergraben worden.

Zweite Feststellung: Diese Koalition hat kurze Beine, denn das deutsche Sprichwort „Lügen haben kurze Beine“ trifft nun hier in doppelter Hinsicht zu. Denn diese kurzen Beine tragen nicht weit. Das, was ökonomisch vereinbart wurde, dient in keinem Fall dem Hauptziel der Koalition – dieses Bonbon ist ja

schon so abgelutscht seitens der Koalitionsparteien, in schöner Regelmäßigkeit tragen sie immer wieder vor, ihr Hauptziel sei es, die Arbeitslosigkeit zu senken, sie machen aber alles, um die Arbeitslosigkeit weiter zu steigern. Deutschland wird im Export nach wie vor Erfolge haben und die Binnenwirtschaft wird nach wie vor darben.

Wie das im nächsten Jahr ausgeht, weiß keiner, weil wir in einer Ausnahmesituation sind, von der in den Koalitionsverhandlungen und auch in der öffentlichen Debatte überhaupt nicht die Rede war: Wir haben zum ersten Mal in Deutschland nach dem Kriege fallende Bruttolöhne. Das gab es noch nie. Das ganze Geschwafel von Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich, von Öffnung der Tarifverträge, von betrieblichen Bündnissen für Arbeit, die ja gravierende Bündnisse gegen Arbeit darstellen, weil sie die Lohnsenkungsspirale in Gang setzen – dies ist heute das entscheidende Problem Deutschlands. Diese fallenden Löhne gehen einher mit steigenden Energiepreisen in einem Ausmaß, wie das lange Zeit nicht der Fall war, so dass der Durchschnittsverbraucher, ohne dass die Politik bisher etwas getan hat, von zwei Seiten her in seiner Möglichkeit, Geld auszugeben, drastisch beschnitten wird.

Beibehaltung der Wehrpflicht steht im Kontext der Debatten um den Einsatz der Bundeswehr im Landesinneren. Sie verrät, dass auch innerhalb der EU militärische Machtkalküle nicht erledigt sind, die BRD will eine größere Armee haben als etwa Polen und Tschechien. Schließlich sagt diese Politik auch, dass sich die Regierenden der Risiken bewusst sind, die aus den eng lokalisierten Interventionskriegen entstehen. Man sieht nicht nur die Gefahr der asymmetrischen, terroristischen Antwort, sondern auch das Risiko zwischenstaatlicher Verwicklungen. Wozu sonst ein Gesetz, das es ermöglicht, die ganze wehrfähige Bevölkerung in Uniform zu stecken? – Gegen diese Politik der Militarisierung bzw. der Wahrung der militärischen Option gibt es nach wie vor die Möglichkeit gesellschaftlicher Gegenwehr. Mit der Beibehaltung der Wehrpflicht durch die Regierung wird die Wehrdienstverweigerung zur politischen Waffe.

#### **Verdeckte Rückkehr zur Atomtechnik**

Wie eingangs bereits erwähnt, konnte die von den Bündnisgrünen repräsentierte, zu zivilem Ungehorsam bereite zivilgesellschaftliche Bewegung erreichen, dass die Koalition den Ausstieg aus der Atomenergie nicht abrupt beendet. Die Regierung wird dem Konflikt auszuweichen suchen, bzw. sie lokalisiert ihn auf das begrenzte Feld der Endlagerung und den schwer angreifbaren Bereich der Erforschung neuer Techno-

In diese Ausnahmesituation hinein macht diese Koalition, wenn auch mit einem Zeitaufschub von einem Jahr, das Verkehrteste, was man überhaupt machen kann, man erhöht drastisch die Verbrauchssteuern. Und was die Energiepreise angeht, hat man dann noch den Clou, dass man die Pendlerpauschale kürzt und damit die beweglichen Arbeitnehmer weiter in ihren Möglichkeiten, einen Arbeitsplatz zu finden, einschränkt. In Münteferingschem Deutsch würde es heißen: Große Koalition Mist, immer feste druff auf die Kleinen.

Dass man sich dann tatsächlich nicht schämt, eine Reichensteuer als kleine Kosmetik anzubringen, die natürlich in der Summe lächerlich ist – es sind 1,2 oder 1,3 Milliarden Euro für diejenigen, die 250000 bzw. bei Verheirateten 500000 Euro im Jahr verdienen. Das Volk wird verarscht, ich muss das jetzt wirklich einmal so sagen.

Und wenn wir jetzt Salden bilden, wie wird das Volk belastet: auf der einen Seite Mehrwertsteuer, Pendlerpauschale, Eigenheimzulage, Kürzungen im sozialen Bereich, dann sind sie bei 40 Milliarden zu Lasten des Volkes und dann damit das nicht ganz so schlimm klingt, 1,2 oder 1,3 Mrd. zu Lasten der Bezieher höher Einkommen.

logien. Wird irgendeine Art der Endlagerung faktisch durchgesetzt, ist, so darf man diesen Entschluss lesen, die Sache durch. Denn inzwischen werden die einschlägigen Konzerne am Kraftwerksbau wachsen, große Aufträge aus China stehen an, und wie wird es möglich sein, die moralischen Komponenten der Anti-Atom-Kritik aufrechtzuerhalten.

## **Koalitionsvertrag aus Sicht der CSU**

**Auf einen Blick: Die wichtigsten Vereinbarungen, Vorlage zum CSU-Parteitag (Auszüge).**

**Mehr Wachstum:** 25 Mrd. Euro Mittel werden in den nächsten vier Jahren zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung eingesetzt. Für Unternehmen werden Investitionen attraktiver durch günstigere Abschreibungsbedingungen und eine grundlegende Reform der Unternehmensbesteuerung

**Mehr Innovationen:** Die Mittel für Forschung und Entwicklung werden bis 2010 auf 3 % des BiP angehoben und Wagniskapital wird über weitere etwa 100 Mio. Euro mobilisiert. Die Cluster aus Wirtschaft und Wissenschaft werden ausgebaut, Projekte wie das europäische Satellitennavigationssystem Galileo mit Standorten in Oberpfaffenhofen und Ottobrunn und eine Transrapid-Referenzstrecke werden vorangetrieben.

**Mehr Arbeit:** Die Lohnzusatzkosten werden dauerhaft auf unter 40 % gesenkt und ermöglichen neue Arbeitsplätze. Durch Einsparungen bei der Bundesagentur für Arbeit und einen Teil der Mehrwertsteuererhöhung sinkt der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung ab 1.1.2007 von 6,5 % auf 4,5 %. Die Probezeit wird auf 24 Monate verlängert und schafft neue Chancen auf einen Arbeitsplatz.

**Weniger Bürokratie:** Statistik- und Buchführungspflichten werden verringert. Schnellere Genehmigungen und weniger Bürokratie schaffen Spielraum für Investitionen und Arbeitsplätze.

**Neue Impulse:** Für Klimaschutz und für mehr Beschäftigung vor allem im Handwerk wird das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm auf 1 Mrd. Euro aufgestockt. Die Städtebauförderung bleibt als gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen bestehen. Die Planung und die Finanzierung als Public Private Partnership (PPP) werden ebenso vereinfacht wie das Vergaberecht unter mittelstandsfreundlicher Aufrechterhaltung der VOB. Die Verkehrsinvestitionen werden deutlich erhöht.

**Mehr Generationengerechtigkeit:** Deutschland darf nicht auf Kosten der nächsten Generationen leben. Wir wollen ab 2007 die Staatsverschuldung drastisch reduzieren.

ten, während man eine entsprechende Exportindustrie duldet? Werden die Bündnisgrünen wegen der Endlagerung sich wie versprochen „auf dem Acker“ versammeln? Wird es reichen?

#### **Taktische Vorsicht kennzeichnet auch die Sozial- und Wirtschaftspolitik**

Die Belastungen der aktiven Lohnab-

**Einfachere Besteuerung:** Das Einkommensteuerrecht wird für alle Bürger vereinfacht. Eine Unternehmenssteuerreform stärkt die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Das bayerische Modell zur Erbschaftsteuer erleichtert die Unternehmensfortführung bei Familienbetrieben.

**Gerechtere Besteuerung:** Leistungsstärkere müssen einen größeren Anteil zur Haushaltskonsolidierung beitragen als Leistungsschwächere. Die Einführung des Konsoli, eines allgemeinen Zuschlags auf die Einkommensteuer, haben wir verhindert. Als Alternative haben wir uns auf einen Spitzensteuersatz von 45 % verständigt. Gewerbliche Einkünfte sind aber davon ausgenommen.

**Sichere Renten:** Die Renten werden nicht gekürzt. Um der höheren Lebenserwartung Rechnung zu tragen und für stabile Beiträge wird das Renteneintrittsalter stufenweise von 2012 bis 2035 auf 67 Jahre angehoben.

**Ermäßigte Mehrwertsteuer:** Wir werden den ermäßigten Mehrwertsteuersatz, z.B. für Lebensmittel, nicht verändern. Mieten bleiben steuerfrei.

**Klare Verantwortung:** Im Rahmen einer großen Föderalismusreform wird die bundesstaatliche Ordnung grundlegend modernisiert und die Landesparlamente werden gestärkt. Die Länder erhalten mehr Gestaltungsspielräume vor allem im Bildungs-, Hochschul- und Personalbereich.

**Bessere Vorbeugung:** Eine Visa-Warndatei zur Bekämpfung von Visamissbrauch und eine Anti-Terrordatei zur Terrorabwehr werden eingeführt. Das Bundeskriminalamt erhält Präventivaufgaben zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus.

**Modernes Europa:** Die Ratifizierung des Europäischen Verfassungsvertrages wird fortgesetzt.

**Solidarisches Europa:** Deutschland soll nicht mehr als 1 % seines Bruttonationaleinkommens an die EU zahlen und übermäßige Nettobelastungen sollen ausgeglichen werden. Der Agrarfinanzkompromiss bleibt bestehen.

**Weltweite Partner:** Die transatlantischen Partnerschaft mit den USA, die NATO und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind Eckpfeiler der deutschen Sicherheit. Die Bundesregierung bekennt sich zur Bundeswehr und zur allgemeinen Wehrpflicht.

[www.csu.de](http://www.csu.de)



hängigen und die noch stärkeren der Menschen, die von Transfereinkommen abhängen, kommen nicht unmittelbar. Die Regierung hofft, dass sich nach einem gelinden Wirtschaftswachstum Ende 2006 die Situation auf der Einnahmeseite etwas besser darstellt. Gleichzeitig hat der designierte Finanzminister eine nominale Rentenkürzung als Alternative zur Mehrwertsteuererhöhung benannt. Da alle Welt mit einem weiteren guten Geschäftsjahr für die Exportgüterindustrie rechnet, wird die Einnahmeentwicklung der Renten- und Krankenkassen ebenso wie das Lohn-

## **Darum müssen wir regieren!**

**Aus der Rede von Matthias Platzeck, SPD-Vorsitzender auf dem Parteitag**

Viele Millionen Wählerinnen und Wähler, Frauen und Männer in Deutschland, haben uns am 18. September ihre Stimme gegeben. Jede und jeder Einzelne von ihnen hat diese Stimmabgabe mit einer Erwartung verbunden, nämlich mit der Erwartung, dass wir uns mit aller Kraft den Problemen unseres Landes widmen, um sie zu lösen, mit der Erwartung, dass wir dabei sorgfältiger, ernsthafter, gewissenhafter und gerechter vorgehen als andere, mit der Erwartung, dass wir ehrlich sagen, was wir meinen, und beherzt tun, was wir sagen. Liebe Genossinnen und Genossen, diese Erwartungen, die es in Deutschland an uns gibt, sind berechtigt. Wir dürfen sie nicht enttäuschen. Wir stellen uns diesen Erwartungen. Tun wir das gemeinsam!

Darum darf niemals auch nur für einen einzigen Augenblick der Eindruck entstehen, als würde es uns um das Regieren nur um des Regierens willen gehen. Es muss uns immer um mehr gehen als um uns selbst. Es geht um das Gestalten, um die große sozialdemokratische Idee der gleichen Freiheit für alle. Am wichtigsten: Es geht um unser Land und um die Menschen in unserem Lande, die in ihrem Leben jede nur mögliche Chance haben sollen, alle ihre Potenziale auszuschöpfen. Nur wenn das gelingt, wird unsere Gesellschaft auch in Zukunft noch lebenswert sein. Liebe Genossinnen und Genossen, deshalb lag Franz so punktgenau richtig mit seinem legendären Satz: „Opposition ist Mist!“ Genau das ist es!

Nicht aus Prinzip, auch nicht deshalb, weil wir dann eine Zeitlang nicht regieren würden, sondern deshalb, weil wir während dieser Zeit genau die Dinge nicht vorantreiben und durchsetzen können, von denen wir wissen: Sie sind gut für das Land, sie sind gut für die Menschen. Wenn wir uns nicht um diese Aufgaben kümmern, kümmert sich niemand in diesem Land darum. Deshalb müssen wir regieren, liebe Genossinnen und Genossen.

steueraufkommen erheblich durch den Verlauf der Lohnbewegungen, namentlich durch die Strategie der IG Metall berührt.

Auch wenn es Verbesserungen auf der Einnahmeseite geben sollte und die Erhöhung der Mehrwertsteuer durchgeht, bahnt sich im kommenden Jahr eine Diskussion der Rentenformel an, bei der es nicht wie jetzt „nur“ um die höhere Belastung durch Steuern und Beiträge geht, sondern um direkte Absenkung. Beunruhigend, ja verstörend ist, dass sich die europaweite Diskussion um ein Recht auf Sterbehilfe in der BRD in direktem Bezug zur Entwicklung der Pflegekosten entfaltet.

Klar ist auch, dass trotz Erhöhung des ALG II im Osten um 14 Euro insgesamt der finanzielle und der moralische Druck auf die Langzeitarbeitslosen zunehmen soll. Dagegen hat auch die SPD nichts einzuwenden.

### **Bei den regierenden Parteien**

In der CDU ist das katholische Lager ins Hintertreffen geraten, Angela Merkel repräsentiert eine weitgehend säkularisierte protestantische Tradition, Koch soll es sogar mit dem Dalai Lama halten, der nach Presseberichten im Hause des hessischen Ministerpräsidenten absteigt, wenn er, wie so oft, Deutschland besucht. Diese Entwicklung bietet der Union die Möglichkeit in Großstädten zu punkten. So geschehen zum Beispiel in Hamburg. Die enormen Schwierigkeiten der Partei in Berlin beweisen jedoch, dass diese neue, für modernisierte Lebensgestaltung offene Union sich an der Parteibasis herausbilden muss, ein schwieriger Prozess, der nicht überall glückt. Eine wichtige Entscheidung ist durch das Wahlergebnis herbeigeführt worden. Die CDU hat sich von der FDP wieder etwas entfernt. Das betrifft weniger die Rolle des Staates als Unternehmer auf hochriskanten Feldern, denn hier war die FDP immer schon dafür. Es geht um den Staat als Garant von Transferleistungen aller Art, eine Thema bei dem die FDP nur den Rückbau kennt. Die nächsten Monate werden zeigen, ob es bei der CDU hier ein echtes Umdenken gegeben hat.

In der CSU jedenfalls ist eine solche Entwicklung unverkennbar. Sie hat durch die Absage der Wählerinnen und Wähler einen regelrechten Schock erlitten und ist nun die kleinste der Parteien im Bundestag. Trotzdem ist die CSU ihren Planziele von allen Parteien noch am ehesten nahegekommen. Die Mittel aus dem Fonds für Zukunftstechnologien werden zu einem erheblichen, jedenfalls überproportionalen Teil in Bayern landen. Die neue Föderalismuskonzeption wird es dem Freistaat erleichtern, eine spezifische Verbindung von Staat und Wirtschaft auszuprägen, vor allem mit Blick auf den ganzen Ausbildungssektor und besonders den Forschungsbe-

reich der Hochschulen.

Die SPD wurde durch das Wahlergebnis zur weiteren Teilnahme am Regierungsgeschäft genötigt. Sie ist in ihrer Programmdiskussion jählings unterbrochen worden. Auf ihrem Parteitag hat sie gar nicht versucht, ihr Handeln zu einer politischen Konzeption zu verdichten. Der neue Vorsitzende hat sich aller Versprechen enthalten, aber betont, dass man auf der Seite der großen Mehrheit der arbeitenden und gesetzestreuen Menschen stehe, die man nicht allein lassen wolle, werde, dürfe. Die SPD stilisiert sich um. Trat Schröder noch mit einem Konzept zur Gestaltung der ganzen Gesellschaft auf, ist nach seinem Scheitern jetzt die Wende hin zu einer Partei, die für „die Menschen, die auf uns vertrauen“, unter von anderen gesetzten Bedingungen noch das Beste herausholt.

Das ist eine Konstellation, die sich verfestigen kann.

### **Die erneuerte SPD und die Linkspartei**

Bereits die nächsten Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz werden zeigen, ob „die Menschen, die uns vertrauen“, die zum bloßen demütigen Fürsprecher veränderte SPD, wie es in dieser Art von Kirchendeutsch heißt, „annehmen“. Das wäre dann ein Umschwung, der auch etwas über die Kampfbedingungen der sozialen Bewegungen, die Gewerkschaften eingeschlossen, bedeuten würde. In den überwiegend gefühlsbetonten Reden des Parteitags tauchte immer wieder und in den verschiedensten Wendungen der gesetzestreue Bürger auf, ein Gegenkonzept zum mündigen Bürger, der beurteilt, was vorliegt, und handelt, wenn es schief geht. Die so eingestellte SPD bietet ihren Wählerinnen und Wählern nicht eine andere Konzeption für die Entwicklung der Gesellschaft bzw. der Staatsaufgaben an, sie überlässt dem Konservatismus die Initiative und nimmt sich auf eine mahnend begleitende Rolle zurück. Sie stellt sich als Alternative zum Lärmen Lafontaines dar, und besteht darauf, dass bescheidene Wirkung besser sei als gar keine.

Von besonderem Interesse wird deswegen in den kommenden Monaten alles sein, was im Diskussionszusammenhang der Linkspartei an Reformalternativen auf der Ebene der Länder und vor allem der Kommunen entwickelt wird, und wie dies zu den gesellschaftlichen Bewegungen passt, sich auf sie stützt und ihnen weiterhilft. In der nächsten Ausgabe dieser Zeitschrift wollen wir uns deswegen mit den landespolitischen Ansätzen der Linkspartei und der WASG befassen, wie sie jetzt, wenige Monate vor der Landtagswahl in Baden-Württemberg, an der sich die WASG unter diesem Namen beteiligt, vorliegen.

*alk, maf*

# Hintergründe der Ereignisse in den Trabantenstädten

„Der Funke kann die Ebene in Brand stecken, wenn vorher die Trockenheit am Werk war.“ Diese beinahe poetische Formulierung tauchte Anfang November in einem Leitartikel der linksliberalen Pariser Tageszeitung *Libération* auf. Es ging natürlich um die Ursachen der Unruhen in den Pariser Trabantenstädten, die am Wochenende bereits seit zehn Tagen anhielten und sich auf andere, „bisher als ruhig geltende“ (so die Formulierung eines öffentlichen Radiosenders) französische Städte auszudehnen begannen.

Es stellt sich die Fragen nach den Gründen für die jüngste Eskalation. Wie so häufig, gibt es einen unmittelbaren Anlass und weitaus tiefer sitzende Ursachen dafür. Den Anlass – im Sinne des Tropfens, der das Fass zum Überlaufen bringt – lieferte das tragische Ende einer Flucht vor der Polizei, die sich am 27. Oktober an der Stadtgrenze zwischen Clichy-sous-Bois und Livry-Gargan abspielte. Bouna, 15 Jahre alt, Zyed (17) und der 21-jährige Metin – drei junge Franzosen, deren Familien aus Mali, aus dem Maghreb und aus der Türkei kamen – hatten sich dabei in einem Transformatorenhäuschen vor der Brigade anti-criminalité (BAC), einer militarisierten Sondereinheit der Polizei, versteckt. Dabei hatten sie sich aber nichts zuschulden kommen lassen, sondern sie befanden sich auf dem Nachhauseweg von einem Fußballspiel mit anderen Jugendlichen. „Polizeilich unbescholten“, wollten sie sich einer der unzähligen schikanösen Personalienkontrollen entziehen. Zwei von ihnen starben durch einen Starkstromschlag, während Metin mit schweren Verbrennungen davon kam.

Die Ursachen dafür, dass die Empörung über den tödlichen Unfall der Jugendlichen auf derart breiter Front in „Randale“ überschwappte, liegen tiefer. Die französischen Trabantenstädte bildeten in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten eine Art „Treibhaus für gesellschaftliche Krisenprozesse“, das nur sehr schwer mit oberflächlich ähnlichen Wohngebieten in Deutschland verglichen werden kann. Deshalb sind auch die Prognosen mancher Kreise, „demnächst“ werde es „auch bei uns in Deutschland zu solchen Ereignissen“ kommen, von vornherein Makulatur. Denn die in den letzten Jahrzehnten in Frankreich praktizierte Art und Weise der Territorialisierung der „sozialen Frage“ ist in dieser Form nicht auf andere Länder übertragbar. Im Gegensatz

zu den „Ghettos“ nordamerikanischer Metropolen gibt es in den französischen Trabantenstädten keine „ethnischen“ Quartiere, in denen vorwiegend Menschen derselben Herkunft oder derselben Hautfarbe zusammen wohnen. Die französischen Banlieues sind vielmehr davon geprägt, dass ein Großteil der mit „sozialen Problemen“ behafteten Bevölkerungsgruppen aus den Kernstädten in die Vorstadtzonen abgedrängt wird. Das Kriterium ist dabei kein „ethnisches“ oder religiöses, sondern finanzieller Natur, und unterschiedliche Gruppen mischen sich in ausnahmslosen allen Wohnquartieren der Banlieues. Aufgrund der Tatsache, dass zu der Territorialisierung der „sozialen Frage“ auch noch eine Ethnisierung in der gesellschaftlichen Vorstellung – jedenfalls breiter Kreise, die außerhalb der Trabantenstädte wohnen – hinzu kommt, werden jedoch vor allem Schwarze und arabischstämmige Immigranten als „typische“ Vertreter der Banlieues wahrgenommen. Dies ist aber insofern unrichtig, als auch die Angehörigen der weißen Unterklasse in den Trabantenstädten leben und an den alltäglichen Gewaltphänomenen teilhaben.

## Vorstädte als „Bann-Meilen“

Die Banlieue im modernen Sinne entstand zunächst rund um Paris, am Ausgang des 19. Jahrhunderts. Der Begriff selbst ist aber bereits älter und bezeichnete im 17. Jahrhundert die „Bannmeile“ – so lautet die wörtliche Bedeutung von ban-lieue –, also jene Zone rund um die größeren Städte, die ein mit Verbannung belegter Bürger oder Untertan nicht betreten durfte. Später jedoch änderte sich die Funktion dieses Gebiets. Da die französische Großbourgeoisie und Regierungskreise in besonderem Maße von Revolutions-

angst geplagt wurden, beschlossen sie, es sei vorzuziehen, die „gefährlichen Klassen“ – das war damals neben dem Subproletariat auch die Industriearbeiterschaft – in wenigen Verdichtungsräumen zu konzentrieren. Auf diese Weise hätte man sie besser unter Kontrolle, während man sich auf das übrige Frankreich als „sicheres Hinterland“ stützen könne. Auf diese Weise entstanden die Ballungsräume rund um Lille, Paris oder Lyon, die administrativ von den Kernstädten unterschieden wurden. In Paris etwa ließ man die Stadt, die sich bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts hinein geographisch ausdehnte, am 1860 gezogenen Stadtring enden; die Arbeitervorstädte, die rund um die militärischen Festungsanlagen vor den Toren der Hauptstadt entstanden, wurden nicht eingegliedert. Die Pariser Banlieue ist heute fast so groß wie das Saarland, mit fast acht Millionen Einwohnern, wobei sich historische Stadtkerne und Reihenhaussiedlungen mit Hochhaus- und Plattenbaughettos abwechseln.

Rund um Paris bildeten die Vorstädte seit etwa 1930 Jahrzehnte hindurch den „roten Gürtel“, der – auf kommunaler Ebene – größtenteils durch die KP regiert wurde. Darum war es auch der KP lange Zeit gar nicht so unrecht, dass die ärmeren und sozial ausgegrenzten Teile der Bevölkerung in diese Zonen abgeschoben wurden: Dadurch glaubte sie, Arbeiter und „einfache“ Angestellte unter ihrer politischen Kontrolle behalten zu können.

Von diesem Einfluss sind heute nur noch Restbestände übrig. Die jüngeren Generationen werden seit 30 Jahren nicht mehr durch Erwerbsarbeit und Fabrikdisziplin sozialisiert, und damit auch nicht mehr durch die vormals prägende Bindungswirkung der Klassen-solidarität, sondern ihr Heranwachsen ist durch die Aussicht auf Arbeitslosigkeit geprägt. Damit einher geht ein erhöhtes Maß an „Schulversagen“ – die Jugendlichen bleiben viel länger in der Schule als früher, aber sind gleichzeitig oft demotiviert und angeödet –, Langeweile und die Auflösung kollektiver Bindungen sowie eine Verrohung im Alltag. Die Gesellschaft in vielen Trabantenstädten ist extrem atomisiert und geprägt durch die Faszination für Markenartikel und zum stolzen Auftreten geeigneten Sportklamotten, durch die Jagd nach dem „schnellen Geld“, das einigen jungen Leuten durch die Parallelökonomie (vor allem Drogengeschäfte) ermöglicht wird, und ein immer höheres Maß von Gewalt gegen Frauen.

Den Ersatz für das frühere Bewusstsein oder Gefühl der Klassenzugehörigkeit bieten der Anschluss an Jugendbanden, die ihr jeweiliges Mikroterritorium –



Die „Bannmeile“ – banlieue – von 1717

Spiegelbild der Abgeschnittenheit der Trabantenstädte von der Mehrheitsgesellschaft – verteidigen, und zum Teil auch „Identitätsangebote“ wie jene der Islamisten. Deren Echo in manchen Banlieues stellt freilich nicht die Ursache der sozialen Krise dar. Sondern nur eine von mehreren Folgeerscheinungen oder Facetten der sozialen Zerrüttungsprozesse: Sie schwimmen lediglich sichtbar obenauf wie die Fettaugen auf der Suppe.

### Krisenbewältigung als Polizeiproblem

Wie gehen nun die etablierten politischen Kräfte und die Staatsorgane mit der Banlieuekrise um? In den letzten 15 Jahren bildete sich ein Konsens zwischen den staatstragenden Kräften heraus, wonach die Problematik der Trabantenstädte vorwiegend als ein Problem polizeilicher Krisenverwaltung und Sicherheitspolitik wahrzunehmen ist. In den frühen 90er Jahren machten die Vorstädte, unter dem damaligen Innenminister Charles Pasqua eine extrem repressive Phase durch. Innerhalb von zweieinhalb Jahren kam es damals zu fast 200 Todesfällen bei polizeilichen Kontrollen, bei Zusammenstößen zwischen Jugendlichen und Ordnungskräften und, innerhalb der Kommissariate, in „polizeilichem Gewahrsam“.

Als die Sozialdemokraten und die mit ihnen verbündeten etablierten Linksparteien 1997 wieder das Regierungsgeschäft übernahmen, vollzogen sie zu allererst einen symbolischen Paradigmenwechsel: Anlässlich der berühmten „Regierungskonferenz von Villepinte“ konstatierten sie im Sommer 1997, sie hätten sich geirrt, als sie bisher die Banlieue-Problematik vorwiegend als Ausdruck sozialer Probleme gewertet hätten. Vielmehr hätten die Polizei und die Repression eine zentrale Rolle bei der Lösung des Problems der „violences urbaines“ – diesen spezifischen Begriff haben französische Politiker und Sozialwissenschaftler mittlerweile für die Gewalt in den Vorstädten geschaffen – zu spielen. Dennoch setzten die Sozialdemokraten auch eine wichtige Formänderung durch, mit dem Projekt der police de proximité (ungefähr: einwohnernahe Polizei). Dabei privilegierten sie den Aufbau von kleinen, dezentralisierten Polizeieinheiten innerhalb der Trabantenstädte, die tagsüber in ihren Büros ansprechbar sein sollten und etwa bei kleineren Alltagsproblemen und Nachbarschaftsstreitigkeiten eingeschaltet werden könnten. Dadurch sollte ein Minimum an Vertrauensverhältnissen zwischen Polizisten und Einwohnern neu geschaffen werden.

Mit dem Regierungswechsel im Mai 2002 und dem Amtsantritt des neuen Innenministers Sarkozy erfolgte jedoch der fristlose Abbruch des Experiments. Die „einwohnernahe Polizei“ wurde stark reduziert, und Nicolas Sarkozy

verbreitete sich spöttisch darüber, seine Polizisten hätten nicht „Sozialarbeiter und Stadtteilanimateure zu spielen“. Die repressiven Einheiten übernahmen wieder das Terrain. Damit einher geht etwa eine von rassistischen Diskriminierungen geprägte Kontrollpraxis, bei der sich vor allem Jugendliche aus Migrantenfamilien zum Teil mehrfach täglich schikanösen Personalienfeststellungen unterziehen müssen.

### Religiöse Gruppen als „Ordnungstifter“

Sarkozy ergänzte seine Strategie aber auch um ein zweites Standbein, das darin bestand, religiöse und kommunitaristische Gruppen als „Ordnungstifter“ zu mobilisieren, namentlich auch moslemische Verbände. Den letzteren, auch den reaktionär-kommunitaristischen und teilweise Islamisten nahe stehenden Vereinigungen, kam dies entgegen. Besteht ihr zentrales ideologisches Anliegen doch in einer – nötigenfalls autoritären – „Moralisierung“ der Gesellschaft, welche erneut die Voraussetzungen für ein geordnetes Zusammenleben schaffe. Im Übrigen hatten diese Verbände gegenüber Bürgerinitiativen, Frauengruppen oder Stadtteilgruppen den Vorzug, dass sie von der Regierung nicht unmittelbar Geld – etwa für die Befriedigung sozialer Bedürfnisse – verlangten, sondern lediglich Spielraum für ihr eigenes Agieren. Innenminister Sarkozy konnte sich so als Vertreter politischer „Ausgewogenheit“ präsentieren. „Hart, aber gerecht“ lautet seine häufig wiederholte Devise.

Auch in der jüngsten Krise nach den Ereignissen von Clichy-sous-Bois mobilisierte Sarkozy wieder einige moslemische Gruppierungen, die zur „Rückkehr der Ruhe“ aufriefen.

Um auf die zunehmende Kritik aus dem eigenen Lager an seiner Amtsführung, die in den ersten Tagen dem Ausmaß der Krise nicht gewachsen schien, zu antworten, hat der Innenminister aber in den letzten Tagen einen Teil der Warnungen vor dem Islamismus – als angeblich hinter den Ereignissen stekendem Unruhestifter – in seine Rhetorik übernommen. In einem Interview in der Sonntagsausgabe von *Le Monde* (6. November), in dem Sarkozy stark nach dem Strickmuster „Ich oder das Chaos“ argumentiert, warnt der Innenminister davor, im Falle eines Scheitern seiner Strategie drohe „die Ordnung der Mafia oder jene der Fundamentalisten“. Tatsache ist jedoch, dass besonders die reaktionären Kreise innerhalb des Islam im aktuellen Kontext eher auf die Strategie setzen, durch die Behörden als potenzielle „Ordnungstifter“ akzeptiert zu werden.

### Und die Linke?

Seitens der politischen Linken hat man kurzfristig eher Schwierigkeiten damit, eine adäquate Antwort auf die Ereig-

nisse zu finden. Dies ist darauf zurückzuführen, dass man zwar die „soziale Frage“ und ihre besondere Form in den Banlieues als Ursache der Krise begreift – aber zugleich nur schwer die konkreten Aktionsformen der Jugendlichen als Ansatz zu einer Lösung dieser Problematik verstehen kann.

Die staatstragende Linke tut sich in der derzeitigen Lage besonders schwer. Die Sozialdemokraten, mit Kongressvorbereitung und innerparteilichen Konflikten beschäftigt, konnten sich erst nach mehreren Tagen zu klaren öffentlichen Stellungnahmen durchringen. Seitdem klagen sie vor allem die „Abkehr vom Prinzip der einwohnernahe Polizei“ an. Direkt und indirekt kritisieren sie die Politik von Innenminister Nicolas Sarkozy, die wegen seines ruppigen Umgangs („Gesocks“ und „Abschaum“) – als „provokierend“ und zudem als übertrieben repressiv gilt. Dennoch konnten sich die führenden sozialistischen Politiker bisher nicht dazu durchringen, auch den Rücktritt des Innenministers zu fordern. „Jetzt den Rücktritt Sarkozys zu fordern, hieße, den jugendlichen Krawallmachern Recht zu geben“ verlautbarte etwa der Sprecher des Mitte-Rechts-Flügels der Partei, der Abgeordnete Julien Dray.

Dagegen fordern die KP und die Grünen mittlerweile lautstark den Rücktritt des amtierenden Innenministers. Die französische KP fordert, statt auf den repressiven müsse der Akzent weit aus stärker auf den sozialen Staatsfunktionen liegen. Ein paar hundert Mitglieder, darunter viele ihrer Bürgermeister aus den Trabantenstädten, demonstrierten am Freitagabend vor dem Pariser Amtssitz des Premierministers. Es müsse mehr Geld für die dringendsten sozialen Aufgaben und Bedürfnisse in den Banlieues zur Verfügung gestellt werden, gleichzeitig wurde auch „die Gewalt“ verurteilt.

Alain Krivine, bis vor kurzem Wortführer der trotzkistisch-undogmatischen LCR, sprach in einer Stellungnahme differenzierend sowohl von „einer Revolte“ als auch „von Gewalttaten“, die „in der Gesellschaft Besorgnis“ hervorriefen. An alle anderen Linkskräfte richtete die LCR den Vorschlag, eine gemeinsame Großdemonstration in Form eines „friedlichen Marschs aus den Trabantenstädten“ in das Pariser Machtzentrum durchzuführen, um den Rücktritt von Innenminister Sarkozy zu fordern. Am Mittwoch (9. November) fanden auch bereits vor den Rathäusern mehrerer Trabantenstädte gemeinsame Demonstrationen der KP, der LCR und mancher Gewerkschaften (CGT, SUD) gegen den Ausnahmezustand statt. In Bobigny nahmen daran rund 500 Menschen teil.

Bernhard Schmid, Paris

(von der Redaktion gekürzt und bearbeitet)



Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) konnte sich auf ihrem Gipfel im argentinischen Mar del Plata am vergangenen Wochenende nicht auf ein weiteres gemeinsames Vorgehen über die geplante Gesamtamerikanische Freihandelszone ALCA einigen. Die Mercosur-Staaten (Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay) sowie Venezuela machten eindeutig Front gegen die ALCA-Pläne, vor allem da die US-Regierung nicht für den Abbau ihrer Agrarsubventionen zu haben war. Im Anschluss an einen viertägigen „Gipfel der Völker“ demonstrierten parallel zum OAS-Treffen in Mar del Plata mehrere Zehntausend gegen Freihandel und Bush.

Quelle: Indymedia

## Griechenland: Streik im öffentlichen Dienst gegen Sozialabbau

Die Beteiligung an dem vom Gewerkschaftsdachverband der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst, Adedy, ausgerufenen landesweiten Streikes lag nach Aussagen von Gewerkschaftssprechern mit mehr als 50 Prozent der Beschäftigten über der Teilnahme an vergangenen Aktionen. Mit 80 Prozent Streikenden nahm das Gesundheitswesen den Spitzenplatz ein. In der Landeshauptstadt Athen versammelten sich in der letzten Woche Tausende Streikende, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. In Sprechchören forderten sie dazu auf, den von Finanzminister Georgios Alogoskoufis erarbeiteten Haushaltsentwurf in die Mülltonne zu werfen. Der Etat sieht Lohnerhöhungen unterhalb der Inflationsgrenze und weitere Einschnitte bei der staatlichen Finanzierung sozialer Bereiche vor. Spiros Papaspiros, Vorsitzender des Gewerkschaftsdachverbandes, betonte in seiner Ansprache an die Streikenden, Bildung, Gesundheitsfürsorge und eine menschenwürdige Rente seien Rechte und kein Almosen. Als Verantwortliche für die Misere der Werktätigen bezeichnete er nicht nur die griechische Regierung, sondern auch die EU-weit geförderte Politik zugunsten der Unternehmer. „Die Herrschenden haben den Blick für die Realität verloren“, so Papaspiros, „Sie reden vom Aufstand der Ausgegrenzten in Paris und sehen nicht, dass aufgrund ihrer Politik bald die Mehrheit zu den Ausgegrenzten gehören wird.“

Quelle: Junge Welt 11.11.2005

## Arbeitsrechtsverletzungen in der Maquila-Industrie

Nach Berichten des Koordinierungsbüros der Maquila-Industrie (Instancia Coordinadora de la Maquila) erhöhte sich im Laufe des Jahres 2005 die Zahl der Arbeitsrechtsverletzungen in den guatemaltekischen Weltmarktfabriken. Firmen seien widerrechtlich geschlossen worden. Die für die Überwachung der Arbeitsrechte zuständige Behörde der Regierung habe nicht dafür gesorgt, dass die Inhaber dieser Unternehmen bestraft werden. Rosa Escobar, eine Mitarbeiterin der Instancia, berichtete auf einer Pressekonferenz über die arbeitsrechtliche Praxis in der Maquila-Industrie, insbesondere über die Bedingungen in der Textil- und Bekleidungsbranche. Demnach sprechen die Firmeninhaber regelmäßig rechtswidrige Kündigungen aus oder zwingen die Mitarbeiter dazu, selbst zu kündigen. Ferner würden unberechtigte Arbeitsunterbrechungen verordnet oder die Bezahlung von geleisteten Überstunden verweigert. Nach den Erhebungen des Koordinierungsbüros haben allein in diesem Jahr circa 30 Fabriken geschlossen. Davon seien 5.000 Arbeitnehmer betroffen. Ferner hätten sechs Unternehmen ihre Betriebe „umfirmiert“ und die Betroffenen unter Androhung von Zahlungsverweigerung oder Kündigung zur Übernahme der Arbeitsverträge gezwungen. Nach den Schilderungen von Rosa Escobar wird den Fabriken zehn Jahre Steuerfreiheit gewährt. Wenn diese Frist ausläuft, würden die Firmen häufig geschlossen und die Arbeiter oftmals ohne Bezahlung

zurückgelassen. Danach werde die Firma unter neuen Namen in das Handelsregister eingetragen. Dadurch beginne die Frist der Steuerbefreiung von neuem. Auch sei es üblich, so Rosa Escobar, dass die Firmen zehn Jahre Steuerfreiheit genossen und nach diesem Zeitpunkt ihre Tore schlossen, das Land verließen und oftmals die Arbeiter ohne Bezahlung zurücklassen würden. *Quelle: Poonal*

## Kasachstan: EU-Einflussnahme vor den Wahlen

Zur Vermeidung von Umsturzversuchen bietet das rohstoffreiche Kasachstan Berlin und der EU engere Wirtschaftsbeziehungen an. Das Land steht vor Präsidentschaftswahlen, die prowestliche Kreise zu Drohungen gegen die Regierung nutzen. Wie der Ministerpräsident Kasachstans, Danial Achmetow, mitteilte, bietet seine Regierung der Europäischen Union eine Intensivierung der Zusammenarbeit in der Industrieproduktion und auf dem Gebiet der Hochtechnologie an. Die Offerte steht in unmittelbarem Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen. Ursächlich für das geopolitische Einflussstreben sind die immensen Energieressourcen Kasachstans, von deren Nutzung sich Berlin und Brüssel eine Diversifizierung ihrer Rohstoff-Abhängigkeit erhoffen. „Unsere Politik ist (...) um eine ungehinderte Lieferung von Öl und Gas bemüht“, erklärt der EU-Vertreter in dem zentralasiatischen Staat, Adrian van der Meer. Bei seiner Einflussarbeit in Kasachstan stützt sich die Bundesregierung auch auf Wirtschaftsverbände der rund 230.000 Personen umfassenden deutschsprachigen Minderheit. Im März 2004 ist im Anschluss an einen Besuch des deutschen Kanzlers die „Deutsch-Kasachstanische Assoziation der Unternehmer“ (DKAU) gegründet worden. Die Gruppierung will die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Staaten fördern und zählt auf kasachischer Seite insbesondere Angehörige der deutschsprachigen Kasachen zu ihren Mitgliedern. Präsident der Organisation ist Alexander Dederer, der Vorsitzende des Rates der Deutschen in Kasachstan, einer Mitgliedsorganisation der in der Bundesrepublik ansässigen Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV). Geschäftsführer ist ein deutscher Bundesbürger, der vom Frankfurter Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM) entsandt worden ist; seine Arbeit wird vom CIM gemeinsam mit der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) bezahlt. Die DKAU gibt an, von weiteren deutschen Stellen (Auswärtiges Amt, Innenministerium, Deutsche Botschaft) unterstützt zu werden.

[www.german-foreign-policy.com](http://www.german-foreign-policy.com)

Zusammenstellung: hav

GIEßEN. „Kinderherzzentrum Ja – Privatisierung Nein danke“, unter diesem Motto fand am 31.10. in Gießen anlässlich des Besuchs von Roland Koch (zum Richtfest des Kinderherzzentrums) ein Aktionstag mit Fackelzug statt (Bilder). An diesem Tag startete auch offiziell die Unterschriftenaktion für ein Volksbegehren. Zuvor war am 25. Oktober in Marburg die „Initiative Volksbegehren – Gegen Uniklinik-Privatisierung“ gegründet worden. Ziel der basisdemokratischen Initiative ist die Verhinderung der Privatisierung des Uniklinikums Gießen und Marburg durch ein Volksbegehren. Gründungsmitglieder der überparteilichen Initiative sind AktivistInnen von attac, der Humanistischen Union in Hessen, des Allgemeinen Patientenverbandes, von Mehr Demokratie e.V., von ver.di, des Personalrates des Uniklinikums, von Die Linke., der WASG und unabhängige, nicht in Vereinen oder Verbänden organisierte Personen. Michael Weber, einer der Initiatoren sagt: „Für mich war die Tatsache, dass Roland Koch die über 30.000 Unterschriften, die die Bürgerinitiative „Rettet-die-Klinika“ in wenigen Wochen gesammelt hatte, im Endeffekt einfach schulterzuckend in die Tonne hat klopfen lassen, ausschlaggebend dafür, mich an diesem Vorhaben zu beteiligen. Ich hoffe darauf, dass wir viele Menschen in ganz Hessen dafür gewinnen können, sich aktiv an der Sammlung der Unterschriften für die Zulassung des Volksbegehrens zu beteiligen. Auch möchten wir angesichts der inakzeptablen Hürden einer völlig veralteten Volksbegehrenprozedur das Bewusstsein der Bevölkerung für demokratische Missstände in Hessen schärfen. Sollte uns dieses Vorhaben nicht gelingen, mache ich mir nicht nur ernsthafte Sorgen um die Arbeitsplätze von bis zu 30% der Klinikbeschäftigten, sondern auch um die Zukunft von Forschung und Lehre in Gießen, Marburg und in Kürze natürlich auch Frankfurt. Ich betrachte die Privatisierungsbestrebungen als einen gezielten Anschlag auf zentrale Wissenschaftsstandorte in Hessen.“ [www.klinika-volksbegehren.de](http://www.klinika-volksbegehren.de)



## Bürgerbegehren in Pforzheim „Busse weiter in Bürgerhand“

PFORZHEIM. Seit 7. November 2005 sammelt das Pforzheimer Bündnis Unterschriften gegen die Privatisierung des öffentlichen Busverkehrs: Mit diesem Bürgerbegehren beantragen die UnterzeichnerInnen einen Bürgerentscheid über folgende Frage: „Sind Sie dafür, dass die Städtischen Verkehrsbetriebe Pforzheim (SVP) auch künftig als kommunaler Eigenbetrieb geführt und nicht privatisiert werden? Begründung: 1. Europäische Studien belegen, dass keine Privatisierung von Verkehrsbetrieben zu wesentlichen und vor allem dauerhaften Kostensenkungen führte. Europaweit liegt der Zuschussbedarf sowohl kommunaler als auch privatisierter Verkehrsbetriebe bei ca. 30% der Gesamtbetriebskosten. 2. In vielen Gemeinden wird nach der Privatisierung der Verlust demokratischer Kontrolle und Einflussnahme durch den Gemeinderat beklagt. 3. Erfahrungsgemäß wirken sich Privatisierungen durch langfristig steigende Preise zu Lasten einkommensschwacher Bevölkerungsteile aus. Deshalb gab es schon über zwei Dutzend erfolgreiche Bürgerentscheide gegen Privatisierungen in Deutschland. 4. Die bereits in den letzten Jahren erzielten Einsparungen von nahezu 2 Mio. Euro belegen, dass ein kommunaler Eigenbetrieb SVP kostengünstig und effizient sein kann.“

Unterschreiben mehr als 8.400 Bürger in den nächsten Wochen das Bürgerbegehren für „Busse weiter in Bürgerhand“ (BIB), so wird nach den Plänen des Aktionsbündnisses zwingend mit der Landtagswahl 2006 zum ersten Mal

ein Bürgerentscheid in Pforzheim stattfinden. <http://bib.weisenbacher.de/html/index.php>

## „Mehrwertsteuer? Finger weg! Es gibt Alternativen!“

BERLIN. Attac, Campact, IG Metall und das Tax Justice Network haben am 10.11.2005 eine Kampagne unter dem Motto „Mehrwertsteuer? Finger weg! Es gibt Alternativen!“ gestartet. Sie fordern von SPD und Union, auf eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zu verzichten. Stattdessen sollen Steuerschlupflöcher geschlossen sowie große Vermögen und Unternehmensgewinne angemessen besteuert werden. Zudem fordern die Organisationen, dass die Steuerprüfung von einer Länder- zur Bundesaufgabe wird. Damit könnte Steuerbetrug effektiver bekämpft werden. Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, werden die Bürgerinnen und Bürger nun dazu aufgerufen, der SPD die eigenen Argumente gegen die „Merkelsteuer“ aus dem Wahlkampf zurück zu schicken. Über die Internet-Seite könnten z.B. automatisch E-Mails versandt werden. [www.campact.de](http://www.campact.de)



## „Marsch aus den Institutionen – Reißt die Mauern nieder“

COBURG. Die Kampagne „Marsch aus den Institutionen – Reißt die Mauern nieder“ hat in Coburg Station gemacht. Behinderte wollen mehr als nur eine „Satt und Sauber-Versorgung“. Rund 40 Interessierte fanden den Weg ins Coburger Kongresszentrum Rosengarten, um sich über die praktischen und rechtlichen Möglichkeiten eines selbstbestimmten Lebens mit Behinderung zu informieren. Der Einladung der Behindertenselbsthilfe Coburg gefolgt waren Elke Bartz und Ottmar Miles-Paul vom Forum selbstbestimmter Assistenz behinderter Menschen (ForseA e.V.), die die Kampagne initiiert und koordiniert hatten. [www.kobinet-nachrichten.org](http://www.kobinet-nachrichten.org)

## Erwerbslose leiden unter Ausschluss vom gesellschaftlichen Leben

FREIBURG. Der ver.di Erwerbslosenausschuss Südbaden hat sich in seiner Sitzung am 4.11.05 in Freiburg mit den jüngsten Äußerungen des Bundesarbeitsministers Clement zu angeblichen Missbrauchsfällen beim ALG II befasst und stellt dazu fest: Erwerbslose wollen sich nicht länger als Sozialschmarotzer verunglimpfen lassen. Clement versucht mit seinen Beschimpfungen davon abzulenken, dass Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des Hartz IV Gesetzes nicht nur von Betroffenen, sondern auch von Experten erhoben werden. So hält Dr. Uwe Berlit, Richter am BVerwG, diese für berechtigt, weil das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes durch die Abschaffung des Bedarfsdeckungsprinzips nicht verwirklicht wur-

de. Der Regelsatz des ALG II ist nicht armutsfest, weil eine Vielzahl einmaliger Leistungen pauschal hineingerechnet wurden. Mit Leistungen, die nicht das Existenzminimum abdecken, lässt sich schlecht schmartzten ... Deshalb hält der Erwerbslosenausschuss die Erhöhung des Regelsatzes ist für ein menschenwürdiges Leben aller Erwerbsloser für unverzichtbar! Unabhängig von dieser Forderung unterstützt der ver.di Erwerbslosenausschuss Südbaden ausdrücklich die Forderungen des Runden Tisches Freiburg, einen Freiburg Pass und ein Sozialticket für alle BürgerInnen mit geringem Einkommen einzuführen. Der Runde Tisch führt hierzu in Freiburg eine Unterschriftensammlung sowie eine Aktionswoche vom 21. bis 25.11.05 durch. <http://stattweb.de>

## Sternmarsch am 5.11. „Gegen die große Koalition der Sozialräuber“

BERLIN. Nach Schätzungen der Polizei kamen rund 4.000, nach denen der MLPD waren 25.000 in Berlin. „Wer diesen Wahnsinn unterstützt, dass 35 Milliarden Euro eingespart werden sollen, kann ja nur noch Sozialabbau, die Herausbeschwörung von Minuswachstum und drastische Konsumzurückhaltung wollen“, erklärte Martin Behrsing vom Erwerbslosen Forum Deutschland. „Wir wissen nicht, ob eine zukünftige Regierung sich bewusst ist, welchen sozialen Sprengstoff sie hier erzeugt!“ Auf Plakaten standen Parolen wie „Weg mit Hartz IV, das Volk sind wir“ oder „Finger weg von Löhnen und Renten“. [www.bundesweite-montagsdemo.com](http://www.bundesweite-montagsdemo.com)

## Fußball WM 2006: Rote Karte für Zwangsprostitution

BERLIN. Auf seiner Mitgliederversammlung hat der Deutsche Frauenrat am 6.11.2005 beschlossen, seine bisherigen Aktivitäten gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution im Rahmen der Fußball-WM 2006 mit einer Kampagne fortzusetzen. Hintergrund ist die zu erwartende Zunahme von Prostitution an den Austragungsorten der Spiele. Nach Angaben der Evangelischen Kirche werden 40.000 Zwangsprostituierte extra zur Fußballweltmeisterschaft 2006 nach Deutschland gebracht. Für die Kampagne soll ein breites Bündnis aus Frauen- und Menschenrechtsorganisationen, Kirchen, Gewerkschaften und Einzelpersonen geschlossen werden. Als Unterstützer angefragt werden auch noch einmal die nationalen und internationalen Organisatoren der Fußball-Weltmeisterschaft, der Deutsche Fußballbund, die Nationalspieler und die OberbürgermeisterInnen der zwölf Spielstätten. Die Kampagne verfolgt drei Ziele: • Sensibilisierung der Öffentlichkeit • Sensibilisierung potenzieller Freier • Forderungen an die po-

litisch Verantwortlichen. Eine generelle Bestrafung von Freiern lehnt der Deutschen Frauenrat ab. Denn er sieht darin „die Gefahr einer Kriminalisierung von Prostitution und von Prostituierten. Dies würde den Errungenschaften des Prostitutionsgesetzes, das die Rechte von Prostituierten gestärkt hat, zuwiderlaufen“, heißt es in der Resolution. Gleichzeitig fordert der Deutschen Frauenrat deutlich verbesserte Maßnahmen zum Schutz der Opfer von Menschenhandel sowie weitergehende Präventionsmaßnahmen in den Herkunftsländern und deren Unterstützung durch die Zielländer. [www.frauenrat.de](http://www.frauenrat.de)



## Neonazis konnten in Potsdam und Halbe gestoppt werden

POTSDAM/HALBE. Gleich zwei Mal gelang in den letzten Tagen antifaschistischen Bündnissen, Aufmärsche von Neonazis in Berlin und Brandenburg zu stoppen. 5.000 Demonstranten stoppten am Samstag, dem 5.11., einen Aufmarsch von etwa 250 Neonazis unter Führung des Hamburgers Christian Worch. Mehr als 2.000 Polizeibeamte aus fünf Bundesländern waren nach Potsdam beordert worden, nachdem Versuche, den Nazi-Aufmarsch auf gerichtlichem Weg zu untersagen, gescheitert waren. Die Taktik der antifaschistischen Gegendemonstranten orientierte sich am erfolgreichen Vorgehen am 8. Mai 2005 in Berlin. Damals hatten sich Tausende Gegendemonstranten dem Nazi-Aufmarsch in den Weg gestellt und jede Räumung der Straße verweigert. Die Polizei war gegen die Blockade nicht eingeschritten, die Nazis konnten ihren Versammlungsort nicht verlassen und mussten schließlich wieder abziehen. So auch dieses Mal in Potsdam. Mehr als 2.000 Demonstranten, unter ihnen auch Potsdams Oberbürgermeister Jacobs (SPD), blockierten alle Straßen vom Versammlungsort der Nazi-Demo in Richtung Innenstadt. Aufforderungen der Polizei, die Straße zu räumen, wurden ignoriert, die Polizei hielt ihre Wasserwerfer und Räumungspanzer im Hintergrund und schritt gegen die Blockade nicht ein, mit der Folge, dass die Nazis ihren Marsch abbrechen und wieder in die Züge steigen mussten. Kurz nach 15 Uhr meldete dann ein Ber-

liner Neonazis überraschend eine zweite Demonstration in Berlin an. Um 17.40 Uhr begann der kurze Aufzug mit noch 200 Nazis, die eine halbe Stunde später wieder abbrachen, bevor sich mehr Gegendemonstranten versammelten.

Ähnlich am 12.11. in Halbe. Nachdem das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg am Freitag einen Nazi-Aufmarsch zur Glorifizierung von Waffen-SS und Wehrmacht bis zum Friedhofsvorplatz unverständlicherweise genehmigt hatte, versammelten sich 2.200 Menschen, darunter auch Politiker von SPD, CDU und Linkspartei.PDS, im Ortszentrum von Halbe, um den von den Nazis geplanten Schweigemarsch zum Waldfriedhof zu stoppen. Die Polizei verzichtete darauf, die Blockade zu beenden, die etwa 1.700 Neonazis kamen nicht durch und zogen am Abend ohne Erfolg wieder ab. *rül*  
*Berliner Zeitung, 7.11., Tagesspiegel, 13.11.*

## 7.000 Menschen demonstrierten am 5.11. in Lüneburg gegen Atomkraft

LÜNEBURG. Gegen den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke und für den forcierten Ausbau der Erneuerbaren Energien demonstrierten am 5.11. in Lüneburg 7.000 Menschen. Zu den Protesten hatten 40 Organisationen aufgerufen, darunter Anti-Atom-Initiativen, Umweltverbände, Förderer Erneuerbarer Energien, Friedensgruppen und GlobalisierungskritikerInnen. Sie verstehen die Demonstration auch als Auftakt einer neuen Protestbewegung gegen die Energiepolitik der großen Koalition. Fortgesetzt werden sollen die Aktionen beim nächsten Castor-Transport in die oberirdische Atom Müll-Lagerhalle nach Gorleben vom 19. bis 22. November. [www.x1000malquer.de](http://www.x1000malquer.de)

## DFG-KV fordert von DaimlerChrysler Ausstieg aus Rüstungsproduktion

VELBERT. Der größte Anteilseigner am europäischen Rüstungsriesen EADS war und ist DaimlerChrysler AG mit einem Aktienpaket von rund 30%. Wie der DFG-VK Bundessprecher und Buchautor Jürgen Grässlin in seinem neuen Buch „Das Daimler-Desaster – vom Vorzeigekonzern zum Sanierungsfall?“ eindrucksvoll darstellt, entkleidet sich der Konzern jeglicher ethischer Verantwortung und rüstet insbesondere über die europäische Rüstungsschmiede EADS weltweit kräftig mit. EADS rechne 2005 mit weiterem Wachstum im so genannten „Verteidigungsgeschäft“ und peilte zu Beginn dieses Jahres ein Umsatzziel von 10 Milliarden Euro an. Die DFG-VK fordert DaimlerChrysler zum Ausstieg aus der Rüstungsproduktion auf und kündigt für das Jahr 2006 eine Postkartenaktion an.

[www.deutsche-friedensgesellschaft.de](http://www.deutsche-friedensgesellschaft.de)  
Zusammenstellung: baf

## Privatisierungsgegner vernetzen sich europaweit

Knapp 400 Kommunalpolitiker, Verwaltungsvertreter, Gewerkschafter und Mitglieder von Organisationen wie attac beteiligten sich vom 22.-23.10.2005 am „Ersten Europäischen Kongress lokaler Verwaltungen zur Förderung öffentlicher Dienstleistungen“. Eingeladen hatte der Bürgermeister der Stadt Liège in Belgien, Willy Demeyer (Parti Socialiste). Aktuelle Bedeutung hatte die Konferenz, um kurz vor dem Hongkong-Gipfel der Welthandelsorganisation (WTO) im Dezember länderübergreifend Position gegen den Privatisierungsdruck der Verhandlungen über ein neues Welthandelsabkommen (GATS) zu beziehen.

Einhellig forderte die Konferenz in einer Resolution das Ende der GATS-Verhandlungen und die Rücknahme der „Bolkestein-Richtlinie“ zur Vergabe von Dienstleistungen in der EU nach dem Herkunftsprinzip.

Zuvor hatten die überwiegend aus Belgien und Frankreich angereisten Teilnehmer zwei Tage lang über die Fol-

gen der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen in Europa und die Möglichkeiten der Gegenwehr diskutiert.

„Der Einfluss des GATS und der EU-Direktiven auf die lokalen Verwaltungen und Dienste“, „Welche öffentlichen Dienste für welches Europa?“ und „Finanzierung der öffentlichen Dienste und Steuerwesen“ lauteten die drei Foren am Samstag Nachmittag. Eine italienische Stadtverordnete aus Turin berichtete z.B. vom erfolgreichen Kampf gegen die Privatisierung der Wasserversorgung und Alternativmodelle, mit denen nachgewiesen werden konnte, dass eine Wasserversorgung in öffentlicher Hand qualitativ besser und trotzdem billiger betrieben werden kann, als von Privaten, die Profit machen wollen.

Im Plenum kamen Gewerkschafter wie Mike Waghorne (Sekretär der Internationale des Services Publics) zu Wort, ein Vertreter des Bürgermeisters der Stadt Genf – eine der europäischen Großstädte, die sich zur „GATS-freien

Zone“ erklärt haben – und der Philosoph Henri Pena-Ruiz, Autor des Buches „Lektionen über das Glück – Es lebe der öffentliche Dienst!“

Am Samstagnachmittag wurde die Diskussion von der Bezirksbürgermeistern von Berlin-Lichtenberg, Christina Emmerich geleitet, die als Teil der Delegation der Linkspartei.PDS an der Konferenz teilnahm.

Professor R. Petrella (Universität Louvain-La-Neuve) rief dazu auf, „hart“ zu sein gegenüber den radikalen Privatisierern und erörterte die Frage, inwieweit die Verteidigung öffentlicher Dienstleistungen ein Gegensatz gegen eine „neoliberale Politik des Marktes“ ist. Etwas religiös wurde es, als er dafür eintrat, wie in früheren Kulturen das Wasser wieder „heilig“ zu sprechen. Man könnte die Frage, was zu einer öffentlich zu garantierenden Grundversorgung gehört, auch nüchterner diskutieren. Angesprochen wurde in diesem Zusammenhang z.B. die Alterung der Gesellschaften, aus der sich neue Aufgaben für öffentliche Dienstleistungen ergeben.

J. Nikonof, Präsident von attac Frankreich erläuterte, dass die niedrigen Einkommensschichten auf öffentliche Leistungen der Daseinsvorsorge angewiesen sind. Mehrere Diskussionsteilnehmer hoben darauf ab, dass es nicht um die Verteidigung des „Status quo“ gehen kann, einschließlich verkrusteter bürokratischer Strukturen, sondern Privatisierungen nur verhindert werden können, wenn der direkte Einfluss der Einwohner auf die Gestaltung und Durchführung Öffentlicher Dienstleistungen ausgeweitet wird.

Andere machten deutlich, dass GATS und auch die Bolkestein-Richtlinie den kommunalen Handlungsspielraum untergraben: „Uns muss es um den Zusammenhalt der Menschen vor Ort gehen, kommunal. Und der wird nicht durch den Wechselkurs bestimmt.“

Interessant war, dass sich offensichtlich insbesondere im französischen Sprachraum und in Italien breite Fronten gegen eine Privatisierungspolitik bilden, die mehr oder weniger deutlich die Stärkung kommunaler Strukturen wollen. Die Konferenz wurde von vielen als ein erster Schritt zur Vernetzung verstanden, nicht nur der Kommunen untereinander, sondern auch mit Gewerkschaften, Initiativen usw. Gegen die Bolkestein-Richtlinie demonstrierten am 15.10.2005 in Rom 50.000 Menschen. Weitere, europaweite Aktionen sind geplant. Geplant ist u.a. ein Aktionstag Mitte Januar mit einer Demonstration in Strasburg. Die Stadt Genf hat sich bereit erklärt, zusammen mit der Vereinigung L'Accord général sur le commerce des services (AGCS) eine nächste Konferenz auszurichten.

Wolfgang Freye

### Europäischer Kongress der lokalen Verwaltungen zur Förderung der öffentlichen Dienstleistungen

#### Beschluss des Kongresses

Wir widersetzen uns

- der Liberalisierung durch die Welthandelsorganisation (WTO), durch die sämtliche Dienste über das Notwendige hinaus ausschließlich dem Wettbewerb unterworfen werden sollen ...
- den europäischen Direktiven, die die Privatisierung der öffentlichen Hand und insbesondere der lokalen öffentlichen Dienste beabsichtigen.
- die Zerschlagung der kommunalen öffentlichen Dienste durch unsere eigenen Regierungen.

Wir bekämpfen

- die Perspektive, dass der Zugang zu substanziellen Gütern ohne Rücksicht auf ihre soziale Nützlichkeit der spekulativen Gier der Märkte unterworfen wird.
- eine liberale Normierung, der die politischen Entscheidungen unterworfen sind und die die sozialen Ungleichheiten, die Konkurrenz unter den Arbeitenden, die territorialen Unterschiede und die weltweiten Unausgewogenheiten verschlimmert.
- die Bevormundung der lokalen Verwaltungen durch die WTO, die in ihrem freien Handlungsspielraum eingeschränkt werden.

Wir unterstreichen, dass

- zur Wahrung der Menschenrechte öffentliche Schutzeinrichtungen nötig

sind, die nach solidarischen Prinzipien organisiert sind – hinsichtlich der Verwaltung ebenso wie bei der Finanzierung durch eine gerechtere Steuerpolitik ...

- ohne öffentliche Dienste keine ausgewogene menschliche Entwicklung unter Beachtung sozialer und demokratischer Rechte möglich ist, weil sie für die Bürger unabdingbar sind ...

Wir ... fordern

- das Ende der GATS-Verhandlungen in der WTO.
- die Herausnahme der Sektoren, die der Daseinsfürsorge dienen (Wasser, Gesundheit, Bildung, Energie, Transport, sozialer Schutz, Kultur, Lebensmittel) und das Verbot der Kommerzialisierung menschlicher Verhältnisse ...
- die faktische Rücknahme der so genannten „Bolkestein-Direktive“ und aller Direktiven, die die öffentlichen Dienste betreffen (Transport u.a.) ...

Daher

- werden wir jede Gelegenheit ergreifen, um diese Forderungen hervorzuheben ...
- schlagen wir allen Netzwerken (Bürgern, Gewerkschaften, Volksvertretern) vor, eine Vernetzung aufzubauen ... um die öffentlichen Aufgaben als angemessene Antwort auf die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen auf allen Ebenen ... nicht nur aufrechtzuerhalten sondern auch zu fördern.

Lüttich, 23. Oktober 2005

## Nationale Armutskonferenz fordert Maßnahmen gegen Armut und Benachteiligung

FREIBURG/BERLIN. Die Nationale Armutskonferenz (nak) fordert die künftige Große Koalition zu deutlichen Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und Benachteiligung auf. Anlässlich der Mitgliederversammlung der Nationalen Armutskonferenz in Frankfurt appellierte nak-Sprecher Hans-Jürgen Marcus an die Politik, über von Armut bedrohte Menschen mit Respekt zu berichten.

„Dass es Missbrauch gibt, kann nicht abgestritten werden. Aber er darf nicht verallgemeinert werden“, sagte Marcus. Zugleich forderte der nak-Sprecher mehr Chancengleichheit bei Bildungs- und Jugendhilfeleistungen. Vor dem Hintergrund auseinanderklaffender Leistungsniveaus von Schülern aus reichen und armen Elternhäusern trotz gleicher Intelligenz und gleichem Wissensstand sei unübersehbar, dass die Weichen für mehr Chancengleichheit bereits im Kleinkindalter gestellt werden müssten. Wesentliche Voraussetzungen dafür seien „Lernmittelfreiheit, Senkung bzw. Abschaffung von Elternbeiträgen und besondere Förderung bei

festgestellten Defiziten“. Angesichts von 1,8 Millionen von Armut betroffenen Kindern unter 16 Jahren in Deutschland sei die Fortführung der Armuts- und Reichtumsberichterstattung unverzichtbar. Marcus: „Armutsberichte müssen feste Aufgabe der Bundesregierung bleiben, auch wenn die gewonnenen Daten infolge der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe unbequem sind.“

Generell seien die Regelsätze „endlich wieder auf ein angemessenes Niveau zu bringen“.

Zusätzlich muss die Leistung um einen Betrag erhöht werden, der es armen Menschen ermöglicht, sich die nötigen zuzahlungspflichtigen Gesundheitsleistungen auch tatsächlich beschaffen zu können. Bei dieser Fortschreibung seien besondere Umstände, etwa eine Mehrwertsteuererhöhung oder weitere Kürzungen der Lernmittelfreiheit, „zeitnah zu berücksichtigen“.

Um arbeitslose Menschen angemessen zu fördern, plädiert die Nationale Armutskonferenz ferner für eine Rückkehr zu „mehr Maßnahmen zur Berufs-

ausbildung und zur Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungen“. Hierfür seien alle zur Verfügung stehenden Etats zu nutzen.

Die Resolution geht heute allen an der Regierungsbildung beteiligten führenden Politikerinnen und Politikern zu.

**Kontakt:** Dr. Hans-Jürgen Marcus, Sprecher Nationale Armutskonferenz, Direktor des Diözesancaritasverbandes für die Diözese Hildesheim, Moritzberger Weg 1, 31139 Hildesheim, Tel.: 0 51 21/938-101, Mobil 0171/26 00 785

Die Nationale Armutskonferenz (nak) ist ein Zusammenschluss der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, bundesweit tätiger Fachverbände und Selbsthilfeorganisationen und des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Konferenz gründete sich im Herbst 1991 als deutsche Sektion des Europäischen Armutsnetzwerkes.

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband – Armut und Gesundheit in Deutschland e.V. – BAG der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen – Bundesverband – Deutsche Tafel – BAG Schuldnerberatung – BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit – BAG Wohnungslosenhilfe – Deutscher Bundesjugendring – Deutscher Caritasverband – Deutscher Gewerkschaftsbund – Deutsches Rotes Kreuz – Diakonisches Werk der EKD – Paritätischer Wohlfahrtsverband – Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland

[www.nationale-armutskonferenz.de/publications/NAK\\_40.pdf](http://www.nationale-armutskonferenz.de/publications/NAK_40.pdf)

### Dokumentiert: Resolution der nak (Nationale Armutskonferenz) anlässlich ihrer Mitgliederversammlung und der Neubildung der Bundesregierung

Nach der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe leben 2005 etwa 6,8 Millionen Menschen in Deutschland auf dem Einkommensniveau der Sozialhilfe. Davon sind etwa 1,8 Millionen Kinder unter 16 Jahren. Das Problem von Armut und Ausgrenzung hat eine neue Dimension gewonnen und muss auch von den Parteien, die anstreben die neue Bundesregierung zu bilden, besondere Beachtung erfahren.

Vor diesem Hintergrund fordern wir vorrangig:

#### Armuts- und Reichtumsberichterstattung fortführen

Zweifelsfrei geht die Einkommensschere in der Bundesrepublik Deutschland auseinander. Reiche werden reicher und immer mehr Menschen stehen außerhalb der Wohlstandsgrenzen. Diese Entwicklung ist nicht gewollt.

Deshalb darf man vor ihr nicht die Augen verschließen und muss sich intensiv mit ihr auseinandersetzen. Die Armuts- und Reichtumsberichterstattung muss weiterhin eine feste Aufgabe der Bundesregierung bleiben, auch wenn die gewonnenen Daten – insbesondere nach der Zusammenführung von Ar-

beitslosen- und Sozialhilfe – unbequem sind. Länder und Kommunen müssen mit ihren eigenen Berichten in den Prozess stärker als bisher integriert werden.

#### Jeden arbeitslosen Menschen angemessen fördern

Auch für Menschen in besonderen Problemsituationen darunter vor allem die Langzeitarbeitslosen müssen genau wie für alle anderen Menschen ohne Arbeitsplatz angemessene Integrationswege bereit gestellt werden.

Die bisherige Praxis nach Inkrafttreten der Arbeitsmarktreformen zeigt, dass die Konzentration der JobCenter auf die „Ein-Euro-Jobs“ unter den Maßnahmen kaum sinnvoll ist, da sich nach dem Auslaufen dieser kurzfristigen Maßnahmen die Situation für die Betroffenen nicht ändert. Deshalb sind wieder mehr Maßnahmen zur (Berufs-)Ausbildung und zur Schaffung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung anzustreben und vor allem die dafür zur Verfügung stehenden Etats zu nutzen.

#### Regelsätze erhöhen und sachgerecht fortschreiben

Das monatliche Einkommen für sieben

Millionen Menschen in Deutschland richtet sich zu einem großen Teil nach den Regelsätzen der Sozialhilfe bzw. des Arbeitslosengelds II. Diese Regelsätze unterliegen seit Jahren aus fiskalischen Gründen einer Deckelung. De facto sind die zur Verfügung stehenden Einkommen mit der Ausweitung der Zuzahlungspflicht in der Gesetzlichen Krankenversicherung sogar gesenkt worden. Auch anlässlich der Auswertung der neuen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe müssen die Regelsätze endlich wieder auf ein angemessenes Niveau gebracht werden. Bei der Fortschreibung sind besondere Umstände (z.B. eine Mehrwertsteuererhöhung oder die weitere Kürzungen der Lernmittelfreiheit) zeitnah zu berücksichtigen.

#### Wohnung für Arbeitslosengeld-II- und Sozialhilfeberechtigte sichern

Da im Jahr 2005 für die Wohnkostenzuschüsse der etwa vier Millionen Personen, die zuvor nicht auf dem Sozialhilfeniveau lebten, nun auch die Angemessenheitsgrenzen der Sozialhilfe gelten und diese Werte vielerorts nicht aktuell sind, bangen viele Menschen mit geringem Einkommen um ihre Wohnung. Das

Wort „Zwangsumzug“ empfinden viele als schwere Bedrohung. Hier ist zunächst einmal das Gesetz auszufüllen und nicht überzuinterpretieren.

Die früheren Entscheidungen der Verwaltungsgerichte, auf denen die heutigen der Sozialgerichte aufbauen, geben dafür einen Orientierungsrahmen. In allen Kommunen sind die Angemessenheitsgrenzen unter vergleichbaren Maßstäben und unter Beachtung des auf dem Wohnungsmarkt Realisierbaren aktuell zu definieren. Wenn die Wohnung tatsächlich erheblich oberhalb der Grenze liegt, hat der zuständige Leistungsträger auch Hilfe bei der Wohnungssuche und beim Umzug anzubieten. Schließlich müssen auch höhere Unterkunftskosten über den sechs-Monats-Zeitraum hinaus übernommen werden, wenn auf dem Wohnungsmarkt tatsächlich keine angemessene Wohnung zur Verfügung steht oder ein Umzug im Einzelfall unzumutbar ist.

#### **Bildungs- und Jugendhilfeleistungen auf Chancengleichheit hin ausgestalten**

Der zweite Pisa-Bundesländer-Vergleich beweist auf Neue, dass der Mangel an Chancengleichheit in den deutschen Schulen weiter zunimmt. Selbst bei gleicher Intelligenz und gleichem Wissensstand haben Schüler aus reichem Elternhaus eine deutlich größere Chance, das Gymnasium zu besuchen und das Abitur zu erlangen, als die aus einer ärmeren Familie. Die Weichen dafür werden oftmals bereits im Kindergartenalter gestellt.

Diese Entwicklung muss gestoppt und umgekehrt werden. Wesentliche Voraussetzungen dafür sind Lernmittelfreiheit, Senkung bzw. Abschaffung von Elternbeiträgen und besondere Förderung bei festgestellten Defiziten.

#### **Gesundheit für alle Menschen sicher stellen**

Die Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung setzt bei der Erhöhung von Zuzahlungen und der Ausgrenzung von Leistungen aus dem Leistungskatalog ein genügend hohes Einkommen voraus – was arme Menschen jedoch nicht haben. Mit der Übernahme dieser Gesundheitskosten sollte die Eigenverantwortung gestärkt werden.

Viele Familien, arbeitslose und insbesondere chronisch kranke und behinderte Menschen ebenso wie Wohnungslose oder Grundsicherungsbezieher/innen sind damit von einem Mindestniveau der gesundheitlichen Versorgung ausgeschlossen oder müssen, um sich dies leisten zu können, auf andere Grundbedürfnisse verzichten.

Die Überprüfung der Reform muss einen Schwerpunkt bei diesem Problem setzen. Ziel muss es sein, eine angemessene Versorgung für alle Menschen und nicht nur für die mit ausreichendem Einkommen sicher zu stellen. Zudem ist

der Präventionsansatz gerade bei sozial benachteiligten Menschen deutlich zu stärken.

#### **Entschuldungsmöglichkeiten weiterhin vorsehen**

Seit 1999 können überschuldete Verbraucher nach Durchlaufen des vereinfachten Insolvenzverfahrens mit Restschuldbefreiung wieder schuldenfrei am normalen Wirtschaftsleben teilhaben. Seit Einführung der Stundung der Verfahrenskosten ist dies auch für sog. „masselose Verfahren“ also für arme Haushalte möglich. Damit gibt es ein einheitliches Verfahren für alle Überschuldeten unabhängig von Einkommen und Vermögen.

Eine Bund-Länder Arbeitsgruppe der Justizminister arbeitet derzeit an einem Entwurf zur Veränderung des bestehenden Insolvenzrechtes, das für die masselosen Verfahren der Verbraucherinsolvenz (das ist die Mehrzahl) ein treuhänderloses Entschuldungsverfahren vorsieht. Dieses führt weder zu einer Restschuldbefreiung noch gewährt es Vollstreckungsschutz. Außerdem soll das Verfahren um zwei Jahre verlängert werden.

Eine solche Verschlechterung ist für überschuldete Menschen nicht zumutbar. Die Beratungen dürfen nicht allein von den Justiz-, sondern müssen auch von den Sozialressorts geführt werden. Ziel muss es sein, die Menschen, die der Restschuldbefreiung am nötigsten bedürfen, nicht weiter zu benachteiligen.

#### **Und schließlich:**

#### **Über von Armut bedrohte Menschen mit Respekt berichten!**

Viele Medien berichten in diesem Jahr von den Umstellungen durch die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und stellen die Probleme der Langzeitarbeitslosen mit den Leistungsträgern und umgekehrt dar.

Dass zum Teil große Umsetzungsprobleme auftreten, war vorauszusehen. Ebenso, dass für die neuen Anträge in aller Regel richtige, aber auch – wesentlich oder unwissentlich – falsche Angaben gemacht werden. Die Leistungsträger sind verpflichtet, die Angaben zu überprüfen und die Leistungen nur auf der Grundlage der Gesetze zu gewähren. Hierbei helfen – ähnlich wie bei der Einkommenssteuererklärung – Mitwirkungs- und Beweispflichten sowie Datenabgleiche. Bei den Berichten wird die Grenze des Zulässigen dann überschritten, wenn unbestritten vorkommender Missbrauch verallgemeinert wird und die Sprachwahl vor Vokabeln wie „Parasiten“ nicht halt macht. Erst recht dürfen nicht staatliche Stellen wie das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit sich einer solchen Berichterstattung bedienen.

Frankfurt/Freiburg, 8.11.2005

### **Kommunale Politik**

#### **Bundesbeteiligung an Wohnkosten muss steigen!**

BERLIN. Am

10.11.2005 sind die Ergeb-

nisse der sog. „Kommunaldatenerhebung“ veröffentlicht worden. Die Berechnungen weisen signifikante Mehrkosten bei den Kommunen auf. Insgesamt besteht für die kommunale Ebene im Vergleich zu den Schätzungen des Bundeswirtschaftsministers ein um 4,07 Mrd. Euro höherer Finanzbedarf. Der Bund muss demzufolge seine Beteiligung an den kommunal aufzubringenden Wohnkosten in Höhe von derzeit 29,1% auf 34,4% anpassen, um im Ergebnis die versprochene Entlastung für die Kommunen in Höhe von 2,5 Mrd. Euro sicherzustellen. Im Vergleich zu den Schätzungen der Bundesregierung, die ihren Zuschuss komplett streichen will, ergibt sich damit eine erhebliche Finanzierungslücke. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus Vertretern der kommunalen Spitzenverbände, der Bundesländer und des Statistischen Bundesamtes hat für die erste Jahreshälfte 2005 die Be- und Entlastungswirkungen der Hartz IV-Reform bei ausgewählten Kommunen und Landkreisen erhoben. Die Daten wurden in einem aufwändigen Verfahren aus dem laufenden Verwaltungsbetrieb erfasst. Damit liegt nun erstmals eine verlässliche statistische Grundlage der finanziellen Auswirkungen der Hartz IV-Gesetzgebung auf die Kommunalebene für die Revisionsverhandlungen vor, die die Kostenwirkungen realistisch abbildet. [www.dstgb.de](http://www.dstgb.de)

#### **VKU sieht erfreuliche Perspektiven in der Energie- und Wasserpolitik.**

KÖLN. Der Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU), der 1.400 kommunale Versorgungs- und Entsorgungsunternehmen vertritt, sieht in den energie-, wasser- und abfallpolitischen Passagen des Koalitionsvertrages von SPD und CDU/CSU erfreuliche Perspektiven. Insbesondere begrüßt der VKU die Absicht der neuen Bundesregierung, den „Ausbau von dezentralen Kraftwerken und hocheffizienten KWK-Anlagen zu fördern“. Auch die Aussagen im Koalitionsvertrag zum Erneuerbaren Energien Gesetz, wonach die wirtschaftliche Effizienz und die Vergütungssätze für die einzelnen Erzeugungstechnologien überprüft werden sollen, werden vom VKU geteilt. Hierbei sollten jedoch die Interessen der Anlagen- und Netzbetreiber gleichermaßen berücksichtigt werden, sagte Schöneich. Besonders erfreut zeigt sich der VKU über das klare Bekenntnis der zukünftigen Bundesregierung, die Kommunen auch in Zukunft eigenständig über die Organisation der Wasserversorgung wie

auch der Abfall- und Abwasserentsorgung entscheiden zu lassen. Der VKU hoffe, dass die Koalition diese Politik zukünftig auch gegenüber der Europäischen Kommission offensiv vertreten werde. *www.vku.de*

### **Kommunen in NRW kaufen „saubere“ Arbeitskleidung.**

DÜSSELDORF. Unter diesem Titel fand im Rahmen der Messe A+A (Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit) am 25. Oktober 2005 in der Messehalle Düsseldorf ein Pressegespräch statt. Eingeladen hatte die Kampagne für „saubere“ Kleidung. Seit einiger Zeit beschäftigen sich die Landesregierung NRW, BeschafferInnen aus den Kommunen, Nichtregierungsorganisationen wie Agenda-Transfer und die Kampagne für „Saubere“ Kleidung mit der Frage, wie beim kommunalen Einkauf von Arbeitsbekleidung Sozialstandards berücksichtigt werden können. Hierzu haben sich verschiedene Akteure in NRW zusammen gefunden, um zukünftig verstärkt auf öffentliche EntscheidungsträgerInnen und GesetzgeberInnen zuzugehen, um dem Ziel einer Verbesserung der sozialen Situation von NäherInnen in der weltweiten Arbeitsbekleidungsindustrie näher zu kommen. – In einem Eingangsstatement schilderten die PodiumsteilnehmerInnen kurz ihre Motivation, sich mit diesem Thema zu beschäftigen. So erklärte der Vertreter der Düsseldorfer Feuerwehr, er wolle mit Hilfe seiner Schutzkleidung Menschenleben retten und da kann es nicht sein, dass diese Kleidung unter Bedingungen hergestellt wird, die den Menschen (hier den Näherinnen) schadet. Die Vertreterinnen der Gewerkschaften machten deutlich, dass die internationale Solidarität mit den Beschäftigten der weltweiten Bekleidungsindustrie dringend notwendig ist. Die ehemalige Betriebsrätin eines großen Bekleidungsunternehmens aus Bielefeld, Edith Echterdieck, berichtete über ihren Kampf in den 70er Jahren, um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und der Wahrung ihrer Arbeitsrechte. Der Vertreter der Stadt Bonn machte nachdrücklich auf das Problem der Vergaberichtlinien aufmerksam. Die Kommunen brauchen Rechtssicherheit wenn es darum geht, dass sie bei der Vergabe von Aufträgen auch Sozialstandards in ihren Vergabekriterien berücksichtigen wollen. Alle Akteure waren sich zum Schluss der Veranstaltung einig, dass sie das Thema noch lange beschäftigen wird. Als nächster Schritt wird ein Forum zum Thema „Berücksichtigung von Sozialstandards beim kommunalen Einkauf von Arbeitskleidung in NRW“ gegründet.

*www.saubere-kleidung.de*  
Zusammenstellung: baf

Die Beschäftigten im Bereich der öffentlich geförderten Bildung und Weiterbildung haben in den letzten Jahren im Kontext der Agenda 2010 und der Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Bundesregierung enorme Umwälzungen erlebt und erlitten. Als der 2002 ins Amt gekommene Chef der Bundesanstalt für Arbeit, Florian Gerster, rigoros gegen alle von seiner Behörde bis dahin geförderten Weiterbildungsmaßnahmen einschritt, folgte ein nie erlebter Einbruch des Marktes und der Beschäftigung in diesem Bereich. Die meisten Weiterbildungsmaßnahmen seien schlicht rausgeworfenes Geld, so Gesters Verdikt, es helfe nichts, Langzeitarbeitslose fünfmal hintereinander in immergleiche Computerkurse, Bewerbungstraining oder „Coaching-Seminare“ zu schicken. Statt auf mehr Passgenauigkeit und mehr Qualität bei der Weiterbildung zu drängen, wurde schlicht gekürzt. In der Folge brach der Markt für Weiterbildung fast vollständig zusammen, Zehntausende Beschäftigte verloren ihren Job.

Zwar verlor auch der Chef der Bundesanstalt Anfang 2004 seinen Job, weil er allzu luxuriöse Büros und Fahrzeuge für sich und seinen Vorstand beansprucht hatte – der Kahlschlag bei den Weiterbildungsmaßnahmen aber ging weiter. Neue „Bildungsgutscheine“ sollten angeblich für neue Regeln sorgen, mehr Flexibilität und auf den einzelnen Arbeitslosen individuell zugeschnittene Weiterbildungsmaßnahmen

ermöglichen. In der Wirklichkeit aber wurden die Gutscheine von den örtlichen Ämtern – inzwischen umbenannt in „Agentur für Arbeit“ – aus rein budgetären Gründen kaum ausgegeben, wenn doch, wurden sie von Arbeitslosen, die den Markt der Weiterbildungsträger nicht überblickten, nur selten genutzt. Die Folge waren weitere Einbrüche, noch mehr Arbeitslosigkeit bei den Beschäftigten im Weiterbildungsbereich und ein weiteres Anschwellen der Zahl der gar nicht oder mangelhaft qualifizierten Arbeitslosen, insbesondere der Langzeitarbeitslosen.

Inzwischen scheint ein Umdenken bei der Agentur für Arbeit und den Job-Centern einzusetzen. Dass fehlende oder geringe Qualifikationen Folgen haben für die Aussichten auf dem Arbeitsmarkt, diese lange von den rot-grünen Arbeitsmarktreformern in den Hintergrund gedrückte Wahrheit spricht sich wieder herum. Die Konjunktur der medialen Begeisterung für Ich-AGs, subventionierte Leiharbeit (PSAs) und Ein-Euro-Jobs nimmt ab.

Die Probleme aber für die verbliebenen Beschäftigten im Bereich der Weiterbildung bleiben. Sie sind inzwischen auf einen Lohnstandard gedrückt, der inakzeptabel ist. Das folgende Dokument der ver.di-Beschäftigten im Weiterbildungsbereich zeigt, wie das geschah und wie sich die betroffenen Beschäftigten dagegen wehren wollen.

*rül, har*

### **Dokumentiert:**

## **Weiterbildung: eine dramatische Situation**

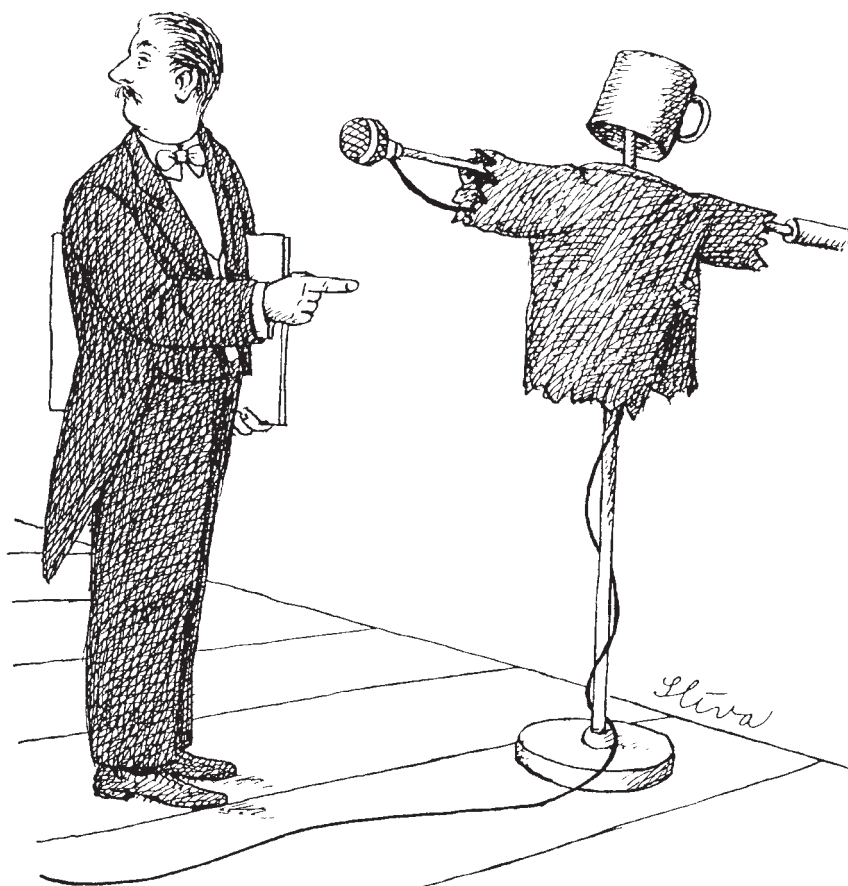
Zusammenbruch der Branche oder freier Fall – müßig zu überlegen, wie die dramatische Situation in der SGB-geförderten Weiterbildung beschrieben werden kann. Allein die Zahlen sprechen für sich: während noch in den neunziger Jahren im Durchschnitt über 400.000 Teilnehmer pro Jahr gefördert wurden, ist diese Zahl im 2. Quartal 2005 unter 100.000 gefallen. Nicht allein der Einbruch der Teilnehmerzahlen treibt die Branche in den Zusammenbruch: sinkende Kostensätze und eine zunehmende, brachiale Konkurrenz zwischen den Trägern verschärfen die Situation zusätzlich. (...)

Die Zahl der TeilnehmerInnen im Bestand ist von ca. 330.000 im Jahr 2002 auf unter 100.000 Ende Mai 2005 gesunken. Auch ein Hinweis auf die gestiegenen Teilnehmerzahlen bei den sog. Trainingsmaßnahmen (z.Zt. über 100.000 TeilnehmerInnen) ist kein entlastendes Argument: diese Trainingsmaßnahmen (TM) haben einen völlig

anderen Charakter. Die meisten TMs dauern nicht mal einen Monat, Qualifizierung spielt dort praktisch keine Rolle mehr ...

### **Die Vergabepaxis und neues Einkaufsinstrument**

Mit den ersten beiden Hartz-Gesetzen wurden für den Bereich der Weiterbildung die Bildungsgutscheine eingeführt. Alle damit verbundenen offiziellen Erwartungen und Hoffnungen sind nicht eingetreten, weder ist der Markt transparenter geworden noch gelang es offensichtlich, den Gutscheininhabern eine kompetente Auswahl im Markt zu ermöglichen. Zwei gegenteilige Entwicklungen sind feststellbar: einerseits hat sich die Quote der nicht eingelösten Bildungsgutscheine bei ca. 80 % eingependelt, wobei die Zahl der nicht zustande gekommenen Kurse auf Grund einer zu geringen Teilnehmerzahl nicht zu ermitteln ist, aber beträchtlich sein dürfte; andererseits werden ganz offen-



nehmerplätze, was etwa 8.400 Stellen entspricht, auf die einzelnen Preiskategorien war. Der bundesweite Durchschnittspreis wurde von der BA mit 425 Euro angegeben, einzelne REZ hatten nur 380 Euro Durchschnittspreis. Im Extremfällen sind Maßnahmen für 200 Euro in den REZ Bayern und Sachsen-Anhalt/Thüringen/Sachsen vergeben worden. (...)

Durch die Krise der Weiterbildung (Rückgang der Teilnehmerzahlen im FbW-Bereich von über 300.000 auf rund 100.000) ist der so genannte Jugendbereich mit seinen ca. 24.000 Stellen und mit seinen Maßnahmetypen Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE), ausbildungsbegleitende Hilfen (abH) und Berufsvorbereitung (BVB) für alle Bildungsträger interessant geworden. Denn hier halten sich die Teilnehmerzahlen stabil, allerdings fallen die Preise in den Keller. Nach den Vorgaben des BA-Vorstandsbriefs vom 19.07.2004 „sollte für 2005 die gleiche Anzahl an Förderfällen aus 2003 mit geringeren Kosten erreicht werden“.

#### **Pädagogen verdienen weniger als am Bau**

Schaut man sich die diesjährigen Zuschlagsergebnisse in der BaE beispielsweise in Sachsen-Anhalt an, so fällt auf, dass nur noch zwei bis drei Träger tarifgebunden sind. 2003 wurden die Maßnahmen in Sachsen-Anhalt noch zu Preisen um die 600 Euro vergeben, dieses Jahr lagen die Preise eher um die 400 Euro.

In der BaE kommen auf 12 Teilnehmer 1 Ausbilder-Stelle (i. d. Regel mit Meisterqualifikation), 0,5 Stellen Lehrer und 0,6 Stellen Sozialpädagoge); Rechnet man 70% der Maßnahmeerträge für Personal und teilt dies durch die Stellenanteile und rechnet den Arbeitgeberanteil an der Sozialversicherung ab, so ergibt sich folgendes Bild:

| Monatskostensatz pro Teiln. | Durchschnitt AN-Brutto |
|-----------------------------|------------------------|
| 400 Euro                    | 1.311 Euro             |
| 450 Euro                    | 1.475 Euro             |
| 500 Euro                    | 1.639 Euro             |
| 550 Euro                    | 1.803 Euro             |
| 600 Euro                    | 1.967 Euro             |

So ergeben sich vielerorts Gehälter für das pädagogische Personal, die unterhalb des Mindestlohns in der Baubranche liegen. Dieser beträgt bei einer 38,5-Std.-Woche im Westen 1.660 Euro, im Osten 1.433 Euro jeweils für die unterste Lohngruppe. Von manchen Trägern wissen wir, dass sie pädagogisches Personal für 1.200 bis 1.500 Euro/Monat beschäftigen.

sichtlich die Bildungsgutscheine zur – vorsichtig formuliert – restriktiven Haushaltsführung genutzt. Zum Teil gab es in einzelnen Arbeitsagenturen bis Mitte des Jahres 2005 keine Bildungszielplanung oder es wird einfach behauptet, es gäbe nicht genügend geeignete Bewerber. Was aus den Agenturen für Arbeit zu hören ist, nämlich eine Beratung zu Qualifizierungsmaßnahmen auf der Grundlage von zugeteilten Monatsvolumina pro Vermittler, belegt diese Einschätzung.

Als neues Instrument des Einkaufs der übrigen Arbeitsmarktdienstleistungen wurde 2003 die zentrale Ausschreibung über die „Regionalen Einkaufszentren“ (REZ) eingeführt. Nicht mehr das örtliche Arbeitsamt, sondern eine neue Behörde, die z.T. mehrere Bundesländer umfasst (z.B. Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Schleswig-Holstein sind in einem REZ zusammengefasst), organisiert den Einkauf der Arbeitsmarktdienstleistungen „von der Stange“ mit einer bundeseinheitlichen Leistungsbeschreibung. Ende 2003 wurden zum ersten Mal Trainingsmaßnahmen (§ 48 SGB III) und Maßnahmen der Arbeitsvermittlung (§ 37 SGB III) nach diesem

Verfahren zentral ausgeschrieben. Massive Kritik ernteten die REZ für den Durchschnitt der Lose (zu groß, Arbeitsamtsübergreifend), den sie nach Interventionen aus der Politik für die nächsten Ausschreibungen veränderten. Aber trotz dieses kleinen Erfolgs war diese Ausschreibung der Beginn des ungeheuren Preisdrucks, der sich bis heute fortsetzt. Preise bei Trainingsmaßnahmen unter 1 Euro pro Teilnehmerstunde sind seitdem an der Tagesordnung.

#### **Jugendbildung: 30 % niedrigere Preise**

Mitte 2004 begann die erste Ausschreibung aus dem Jugendbereich mit den Maßnahmen zur Berufsvorbereitung (BVB). Mit einem neuen Fachkonzept wurde der bisherige Stellenschlüssel z.T. deutlich verschlechtert. Dies führt schon zu Einsparungen, da weniger Personal für die gleiche Teilnehmerzahl benötigt wurde. Einige REZ setzten Preissenkungen in Höhe von 30 % im Vergleich zum Vorjahr durch. Die BA selber beziffert die Einsparungen im BVB-Bereich für 2004 auf 94 Mio. Euro, was etwa einer Einsparung von 20 % entspricht.

Aus der Tabelle wird ersichtlich, wie die Verteilung der knapp 72.000 Teil-

|                  | Unter 300 Euro | 301 – 350 Euro | 351 – 400 Euro | 401 – 450 Euro | 451 – 500 Euro | 501 – 550 Euro | 551 – 600 Euro | über 600 Euro |
|------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|---------------|
| Teilnehmerplätze | 3.941          | 8.370          | 16.484         | 15.894         | 11.647         | 5.551          | 4.384          | 5.510         |
| In Prozent       | 5 %            | 11 %           | 23 %           | 22 %           | 16 %           | 8 %            | 6 %            | 8 %           |

## Dumping darf nicht zum Durchschnitt werden

Nun ist der Jugendbereich aufgrund der relativen Teilnehmer-Stabilität ein wichtiger Maßnahmenbereich für viele Träger geworden, das Geld wird aber in anderen Bereichen (Bildungsgutschein, Bundeswehr, Justiz-Vollzugs-Anstalten, Firmenschulungen etc.) verdient, so dass viele Träger mit einer Mischkalkulation für ihr pädagogisches Personal rechnen können. Insofern ist das Ansinnen des BBB (Bundesverband der Träger beruflicher Bildung), die Entgelte im Branchentarif an den erzielbaren Preisen im Jugendbereich auszurichten, unserer Meinung nach falsch.

### Was tun?

Tarifverhandlungen in der Weiterbildungsbranche folgen seit den Hartz-Gesetzen einem einheitlichen Muster. Die Arbeitgeber fordern von den Beschäftigten massive Gehaltseinbußen, anderenfalls drohe die Insolvenz. Die Schuldige für diese Misere wird gleich mitgeliefert: die Bundesagentur für Arbeit. Kein Wort über eigene Managementfehler; kein Wort über eigene Dumpingangebote, die kräftig an der Spirale nach unten mitdrehen.

Der Fingerzeig auf die BA ist trotzdem richtig. Die BA pfeift auf Qualität. Die BA vergibt Maßnahmen zu Dumpingpreisen. Die Gefahr von Dumpinggehältern ist die logische Folge. Vor diesem Hintergrund reduziert sich Tarifpolitik darauf, zumal auf der Ebene von Firmentarifverträgen, das Schlimmste zu verhindern. Abhilfe zu schaffen ist sowohl aus Sicht der Lehrenden als auch der Lernenden dringend geboten. Aber wie ist der BA beizukommen, dieser unsichtbaren Dritten am Verhandlungstisch?

Es bieten sich zwei Lösungswege an. Voraussetzung ist in beiden Fällen die Existenz eines Flächentarifvertrages für die Weiterbildung. Der muss auf breiter Linie gelten, im besten Fall so-

gar für alle Unternehmen und Beschäftigten in der Branche. Und er muss verbindliches Vergabekriterium der BA werden.

Geschehen kann dies durch ein Tariftreuegesetz\* oder durch eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung\*\* des Tarifvertrages. Beide Hürden sind hoch. Ersteres wollen CDU und FDP nicht, Letztere lehnen die Spitzenverbände der Wirtschaft ab.

Bisher haben wir aber zum Sprung über die Hürden noch gar nicht angesetzt. Wir verharren in den Startlöchern, weil der Arbeitgeberverband (BBB) einen Tarifvertrag auf dem Niveau von Dumpinggehältern anstrebt. 1.690 Euro brutto Monatsgehalt für eine/n pädagogische/n MitarbeiterIn stellen sich die Arbeitgeber vor. Bei einer 40-Stunden-Woche entspricht dies einer Stundenvergütung von 9,75 Euro brutto. Völlig inakzeptabel für ver.di und zudem das völlig falsche Signal an die BA. Weiterbildung ist nicht irgendeine Ware. Und qualifiziertes pädagogisches Personal ist nicht zum Nulltarif zu haben.

\* Tariftreue – Einhalten der Tarifbestimmungen. Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sehen einzelne Landesgesetze eine Tariftreueklausel vor: Nur Betriebe, die sich an die Tarifverträge halten, können Aufträge bekommen. Der Entwurf eines Tariftreuegesetzes der Bundesregierung ist im Juli 2002 im Bundesrat gescheitert.

\*\* Allgemeinverbindlichkeitserklärung (AVE) – Tarifverträge können vom Bundesarbeitsminister für allgemeinverbindlich erklärt werden. Voraussetzung ist die Zustimmung des Tarifausschusses, der von Arbeitnehmern und Arbeitgebern paritätisch besetzt ist. Den Antrag für eine AVE muss eine der Tarifparteien stellen. Eine AVE ist für alle Arbeitgeber und Beschäftigten im tariflichen Geltungsbereich bindend – gilt also auch für Betriebe, die nicht im Arbeitgeberverband organisiert sind. Voraussetzung ist, dass die tarifgebundenen Arbeitgeber mindestens 50% der ArbeitnehmerInnen im Geltungsbereich beschäftigen und ein öffentliches Interesse an der AVE besteht.

Quelle: „Weiterbildung – aktuell 01/2005“, Hrsg.: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Fachbereich Bildung, Wissenschaft und Forschung, Sept. 2005

## Klinikbetreiber drohen mit Schließung von Krankenhäusern.

FAZ, Do., 3.11. – Lt. Arbeitszeitgesetz gelten die bisher vielfach üblichen ärztlichen Bereitschaftsdienste vom Januar 2006 an als Arbeitszeit und müssen entsprechend besser vergütet werden. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DLG) argumentiert, in den Krankenhäusern fehle das Personal, um die sich öffnenden Lücken zu schließen, und das Geld, um die zusätzlich einzustellenden Ärzte zu bezahlen. „Eine genaue Umsetzung des Arbeitszeitgesetzes führt dazu, dass einzelne Abteilungen und Bereiche, schlimmstenfalls ganze Krankenhäuser ihren Betrieb einstellen müssen“, warnte DGK-Chef W. Pföhler. Wenn es bei den Regelungen bleibe, benötigen die Krankenhäuser vom kommenden Jahr an jährlich eine Milliarde Euro mehr für Personalkosten, sagte DKG-Hauptgeschäftsführer J. Robbers.

## Einzelhandels-Verband (HDE) zeigt sich unnachgiebig im angedrohten Tarifkampf.

SZ, Do. 10.11. – „Wir werden uns von Streikdrohungen für das Weihnachtsgeschäft nicht beeindrucken lassen – und unsere Kunden erfahrungsgemäß auch nicht“, sagte der Präsident des HDE, H. Franzen. Er warnt, bei einem Arbeitskampf im größten Einkaufstrubel könne sich ver.di „keine Sympathien erhoffen.“ Nicht bei den Arbeitgebern und nicht bei den Kunden. Und er betont, „wie wichtig diese Zeit für den Erfolg von Unternehmen und damit auch für die Sicherheit der Arbeitsplätze ist.“

## Arbeitgeberverbände aus unterschiedlichen Gründen gegen MWSt-Erhöhung.

HB, Fr./Sa., 11./12.11. Die Mehrwertsteuer-Erhöhung vernichte Arbeitsplätze, warnt Handwerkspräsident O. Kentzler. Sie träfe vor allem das Handwerk, das seine Dienste im Inland anbietet. „Es war noch bei jeder Verbrauchssteuererhöhung so, dass die Konsumenten mit Kaufzurückhaltung reagiert haben, zuletzt wurden die Erwartungen ... enttäuscht, dass die Tabaksteuererhöhung zu Mehreinnahmen führen würde – das Gegenteil war der Fall.“ (M. Lefarth, Steuerabteilungsleiter beim Handwerksverband). BDI-Präsident J. Thumann hält die Erhöhung nur für akzeptabel, wenn die Einnahmen komplett in die Senkung von Lohnnebenkosten fließen würden. Der HDE (Einzelhandel) weist auf den erwarteten Rückgang des Konsums hin. „Die Verbraucher werden aus Angst davor, was denn noch alles an Verschlechterungen von der Regierung beschlossen wird, erst recht sparen“, sagt auch A. Kühn, Steuerexperte beim DIHK. Mehrere Verbände zweifeln an, dass die Regierung „nach diesem Fehlstart noch Kraft findet für eine Unternehmenssteuerreform“. *Presseauswertung: rst.*

## Infineon München – Seit Montag, 31.10.05, um 22 Uhr läuft die Produktion wieder



Bei der Urabstimmung zum Ende des Streiks sprachen sich 70 Prozent der Stimmberechtigten für die Annahme des Verhandlungsergebnisses aus.

# Tarifpolitische Konferenz des EMB und wirtschaftliche Entwicklungstendenzen in Europa

Am 11. und 12. Oktober führte der Europäische Metallarbeiterbund (EMB) in Rom erneut eine tarifpolitische Konferenz durch. Bisherige Versuche einer Koordinierung der Tarifpolitik der europäischen Metallgewerkschaften waren eher von Versuchen geprägt, allgemeine Vorgaben für die Lohnpolitik zu vereinbaren oder generelle Ansprüche wie etwa ein Lohnniveau, das die Teilnahme am kulturellen Leben ermöglicht, zu proklamieren. Beide Momente entfalteten in der Vergangenheit kaum Wirkung. Zum einen fehlte und fehlt es in den europäischen Gewerkschaftsgliederungen an Initiative und Ressourcen auf EU-Ebene Wirkung zu entfalten. Zum anderen ist gerade die Lohnpolitik ein Kern der Existenzberechtigung nationaler Gewerkschaftsbünde und wird somit nicht gern aus der Hand gegeben.

Mit den in Rom verabschiedeten Beschlüssen wird jetzt stärker versucht mit einer konkreten Tarifforderung (Qualifizierung) und entsprechenden Aktionsplänen tatsächliche tarifliche Mindeststandards zu erkämpfen. Gleichwohl bleibt eine wichtige Flanke europäischer Tarifpolitik offen; die Verbindung mit europäischen Rechtsetzungsvorhaben und eine offensive Politik für die Verankerung von Mindeststandards in europäische Richtlinien.

Ein wesentlicher Mangel bei der Positionsbestimmung dürfte sein, dass die tarifpolitischen Initiativen kaum mit einer Erörterung der wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen und den durch die Erweiterung beschleunigten Verwerfungen in vielen Branchen, den tradierten regionalen Industriestrukturen in Europa und den Arbeitsmärkten kombiniert werden.

Der folgende Beitrag und die EMB-Dokumente sollen Aspekte für die Diskussion der Möglichkeiten und

Schwierigkeiten einer europäischen Tarifpolitik liefern.

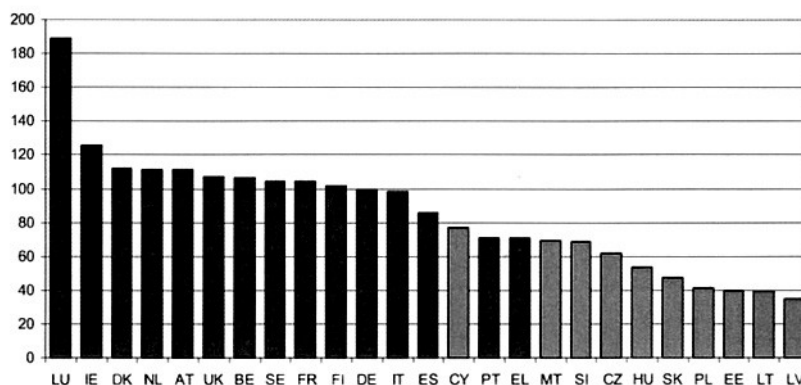
Die Kämpfe der Lohnabhängigen in der Europäischen Union um Löhne, Arbeitszeit, Versicherungs- und Kündigungsschutz, Lohnfortzahlung usw., kurz um den Lohn- und Lebensstandard folgten in der Vergangenheit über lange Zeit einem eingespielten Muster: die Trends und Standards, die gemeinsam angestrebten Ziele wurden von den Industriegewerkschaften in den industriellen Zentren der Europäischen Union gesetzt und entschieden. Diese Zentren zogen sich halbkreisförmig von Südengland über die Benelux-Staaten, das Ruhrgebiet, Hessen, Baden-Württemberg, Bayern sowie Nordfrankreich bis nach Norditalien. Was in dieser sogenannten „Banane“ von den europäischen Gewerkschaften gefordert und durchgesetzt wurde, strahlte in die gesamte übrige EU aus, war Bezugspunkt und Ziel aller anderen.

Praktisch sah das im Bereich der Industrie lange Zeit so aus: Was die IG Metall in Deutschland, der mit Abstand größten Industriemacht der EU, als tarifpolitische Marken aufstellte und in der Folge dann durchsetzte, war bald auch das Ziel aller anderen Industriegewerkschaften, der französischen, italienischen, britischen und der Benelux-Gewerkschaften. Was diese Koalition der großen Industriegewerkschaften in Westeuropa durchsetzte, war Norm, Standard, erstrebenswertes Ziel für alle anderen. Eine erste Welle der Erosion setzte hier mit der Einrichtung von Produktionsstandorten großer Konzerne in Ländern wie Spanien, Portugal oder Irland ein, wo ein niedrigerer Lohnstandard die Konkurrenzbedingungen in den entsprechenden Branchen erhöhte.

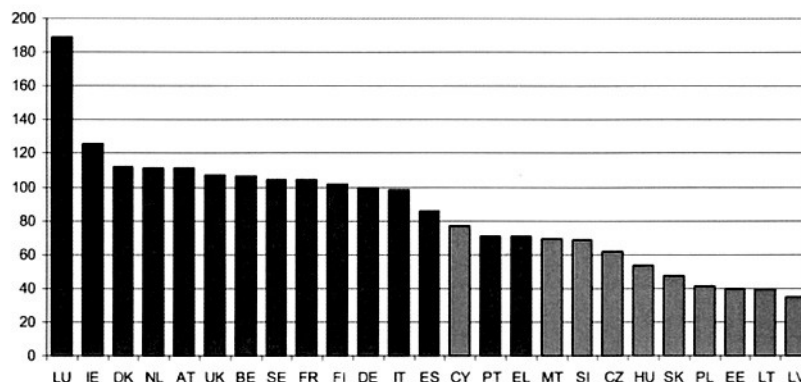
Auch die Gegenseite, die Unternehmerverbände und die großen Konzerne, richteten sich auf die oben beschriebene Situation ein. Bis hin zu den Investitionsentscheidungen und mittelfristigen Planungen gingen sie davon aus, dass das, was in der „Banane“ gilt, zumindest mittelfristig auch in den anderen Regionen der EU Standard und Norm werden würde. Lohnkostenunterschiede, unterschiedliche Arbeitszeiten blieben genug übrig.

Hinzu kam aber immer und kommt auch heute eine unterschiedliche Ausstattung der Regionen mit öffentlichen Gütern, sprich: mit Transport- und Verkehrseinrichtungen, Bildungsstätten, Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen, öffentlichen Verwaltungen usw. sowie damit verbundene unterschiedliche Qualifikationsniveaus der Arbeitskräfte. Höhere Lohnkosten im Zentrum der „Banane“ wurden so zumindest partiell ausgeglichen durch höhere Qualifikationsniveaus und eine bessere Ausstattung dieser Regionen mit öffentlichen Gü-

3 BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards 2002 (EU-15=100)



3 BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards 2002 (EU-15=100)



Quelle: Eurostat Strukturindikatoren, Datenbank New Cronos

tern, so dass andere Regionen zwar industriell aufholten, aber die dominante Rolle der „Banane“ bei der Setzung von Lohn- und Lebensstandards nie wirklich gefährdeten.

Spätestens seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation, dem Zerbrechen des RGW und dem Eintritt Chinas in den Weltarbeitsmarkt haben sich diese Koordinaten auch in der Europäischen Union erheblich verschoben. Die alten Regeln gelten nicht mehr. Die Konzerne finden einen völlig veränderten internationalen Arbeitsmarkt für ihre Dispositionen vor. Sie können auf ein erheblich größeres Reservoir von gut ausgebildeten Arbeitskräften zugreifen – in Osteuropa, in China, aber auch in Staaten wie Indien, in denen durch erhebliche Anstrengungen im Bildungswesen eine Jahr für Jahr wachsende Zahl junger und gut ausgebildeter Arbeitskräfte auf den Markt drängt und damit für Investitionsentscheidungen global agierender Konzerne interessant werden. Technologische Umwälzungen im Transportsektor – sowohl beim Transport von Daten und Informationen wie von Gütern – und erhebliche Umwälzungen in der Produktion industrieller Güter selbst kommen hinzu. In mehr und mehr Branchen tritt heute die Situation ein, in der neue Standorte auch im letzten Winkel der Erde auf dem höchsten technologischen Stand eingerichtet werden. Die Technologieführerschaft der Zentren ist vielfach dahin.

„Alte“ Industrien wie Kohle und Stahl starben oder wurden in den Hintergrund gedrängt, neue Bereiche wie IT, Computer, Handys usw. drängten nach vorn. Inzwischen sind auch diese „neuen“ Industrien mehr als 30 Jahre auf dem Markt und gelten damit nach den Regeln der Innovationszyklus-Theorien schon als „reif“, als nicht mehr ganz so junge Industriesektoren.

All das, die Umwälzungen in der internationalen politischen Ordnung und damit verbunden auf den Welt-Arbeitsmärkten wie auch die technologischen Umwälzungen in der Industrie selbst wie in anderen Wirtschaftsbereichen haben auch die EU und ihre „traditionellen“ Regeln nicht unbeschädigt gelassen.

Die gesamte EU gilt heute im internationalen Vergleich als ein zwar starker, aber wirtschaftlich eher stagnierender Wirtschaftsblock – ein Wirtschaftsblock zudem, der gerade in seinen alten industriellen Zentren stagniert, mit einer hohen, tendenziell sogar eher steigenden Arbeitslosigkeit konfrontiert ist, während die früheren „Ränder“, Länder wie Spanien, Portugal, Irland, aber auch die neuen Mitglieder in Osteuropa eher aufholen, jedenfalls schneller wachsen als das Zentrum. Unter Gesichtspunkten des internationalen sozialen Ausgleichs, der Angleichung der Lohn- und Lebensstan-

Dokumentiert: Erste gemeinsame EMB-Forderung (Auszüge)

## Das persönliche, tarifvertraglich garantierte Recht auf Qualifizierung und Weiterbildung

Qualifizierung und Weiterbildung sind wichtige Themen für den EMB und seine Mitglieder. Für die Gewerkschaften sind dies seit langem wichtige Ziele, bei deren Umsetzung wir bereits wichtige Erfolge verzeichnen konnten.

Im Mittelpunkt der neuen Kampagne stehen alle Qualifizierungs- und Weiterbildungselemente. Beispielhaft seien hier genannt:

- Persönliches Recht auf Qualifizierung, Weiterbildung und lebenslanges Lernen
  - Fünf Weiterbildungstage für alle Arbeitnehmer
  - Jährliche Qualifizierungspläne
  - Für den Arbeitnehmer kostenlose berufliche Aus- und Weiterbildung
  - Nachweise der Qualifizierungsmaßnahmen
  - Aus- und Weiterbildung als Recht bei Umstrukturierungen und Entlassungen
  - Aus- und Weiterbildung als Recht für Arbeitslose
  - Gewerkschaftsbeteiligung auf allen Ebenen der Qualifizierung
- Die gemeinsame Forderung beinhaltet die Absprache der allgemeinen politischen Zielsetzung auf europäischer Ebene, die Umsetzung der Forderung durch die Methode der offenen Koordinierung (MOK), den geplanten Zeitrahmen und eine politische Kampagne.

### Erster Schritt: Absprache der allgemeinen politischen Zielsetzung auf europäischer Ebene auf der „Konferenz von Rom“ des EMB im Oktober 2005

Die Konferenz beschließt die allgemeine politische Zielsetzung, quantitative und qualitative Indikatoren und Benchmarks, ein Evaluierungsverfahren sowie den vorgesehenen Zeitrahmen.

### Zweiter Schritt: Übertragung der EMB-Zielsetzungen in die nationalen Umsetzungsverfahren durch die EMB-Mitglieder

Die Mitgliedsgewerkschaften definieren die am besten geeigneten Umsetzungsmaßnahmen in einer „Roadmap“:

- Was? (Auswahlliste)
- Wie? (tarifpolitische Verhandlungen usw.)
- Wann? (Zeitrahmen)

Diese Roadmaps müssen bis Ende Januar 2006 an das EMB-Sekretariat gesendet werden. Auf der Grundlage dieser Roadmaps wird das EMB-Sekretariat einen Kalender für die gemeinsame Forderung erstellen, aus dem hervorgeht, wann, wo und auf welche Weise die Gewerkschaften planen, die gemeinsame Forderung in ihrem jeweiligen Land zu verhandeln und für deren Umsetzung werben zu wollen.

### Dritter Schritt: Evaluierung und Benchmarking

Der Tarifpolitische Ausschuss des EMB wird auf Grundlage der in den Roadmaps beschriebenen Zeitrahmen die Umsetzung der gemeinsamen Forderung evaluieren. Damit sollen Beispiele guter Umsetzung identifiziert, evaluiert und deren Verbreitung geprüft werden, sowie die Frage beantwortet werden, inwiefern gute Praktiken auch auf andere Länder übertragbar sind. Ein Abschlussbericht über die Umsetzung wird zur Entwicklung und Präsentation einer Liste mit Kriterien zur Auswahl guter Praktiken (Inhalt und Verfahren) führen und als Basis zu deren Weiterentwicklung dienen, sowie ein Follow-up und weitere EMB-Initiativen ermöglichen.

5. Tarifpolitische Konferenz des EMB  
Rom, 11. / 12. Oktober 2005

dards sind solche Aufholprozesse sicher erfreulich. Da sie aber verbunden sind mit Stagnationserscheinungen im Zentrum, in der alten „Banane“ und hier insbesondere in Deutschland, entsteht jede Menge Diskussion und Konfliktstoff.

So ziemlich die blödeste und strukturkonservativste, aktuell aber praktisch wirksamste Antwort auf diese komplexe Situation kommt dabei seit Jahren aus dem Unternehmerlager, von

Leuten wie BDA-Chef Hundt, FDP-Chef Westerwelle und deren angeblichen „Experten“ wie dem Chef des Ifo-Instituts, Sinn. Sie wiederholen penetrant die Forderung, die Arbeitskosten zu senken. Löhne runter, Unternehmenssteuern runter, Arbeitszeiten rauf – mehr fällt diesen Leuten nicht ein. Hätten sie vor 30 Jahren schon agiert, als in der alten Bundesrepublik über die Montankrise, die kritische Lage der Werften und der Textilindustrie ange-

## Charakteristische Entwicklungstendenzen – Aktuelle Trends

(...)

### 3. Koordinierungsregel für Tarifabschlüsse – mittelfristige Entwicklung

Der EMB hat verschiedentlich darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, den Koordinierungsansatz nicht auf „Regeln“ und „Formeln“ zu beschränken, sondern auf einem politischen Ansatz zu bestehen. Dieser kann so beschrieben werden: Allen Mitgliedsgewerkschaften ist bewusst, dass von ihrer nationalen Tarifpolitik stets Wirkungen auf den einheitlichen und gemeinsamen Wirtschaftsraum der EU ausgehen. Deshalb ist die Einbeziehung dieser Rückwirkungen in die jeweilige nationale Tarifpolitik mittlerweile zu einem elementaren Bestandteil des praktischen tarifpolitischen Handelns geworden. Insbesondere liegt es im Eigeninteresse jeder Mitgliedsgewerkschaft, Maßnahmen zu unterlassen, die zur willentlichen Unterbietung von Arbeitsstandards führen. Der EMB ist gerade in den ökonomisch und politisch schwierigen Zeiten gefordert, in Zweifelsfällen seine Rolle als Koordinator und Informationsdrehscheibe zu stärken (siehe dazu unten). Dies hat sich gerade im Zusammenhang mit den Entwicklungen in Deutschland (Arbeitszeitverlängerung, Produktionskostensenkung in einigen Unternehmen) als besonders dringlich erwiesen.

(...)

Die Forderungen nach Erhöhung der Löhne und Gehälter standen eindeutig im Vordergrund der Tarifpolitik der EMB-Gewerkschaften. Die sonstigen Forderungen – Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen, Pension etc. – waren quantitativ weniger bedeutend.

Aus den Auswertungen des EMB lässt sich ersehen, dass es den meisten Ländern immer wieder gelingt, die Kaufkraft ihrer Mitglieder zu wahren (Österreich, Belgien, Tschechische Republik, Dänemark, Finnland, Deutschland, Irland, Norwegen und die Schweiz). Einige Länder haben jedoch Schwierigkeiten, dieses Ziel ständig zu erreichen (Griechenland, Italien, Niederlande, Polen, Schweden).

Beim Ziel, eine ausgewogene Beteiligung des Produktivitätswachstums zu erreichen, ist das Bild weniger eindeutig. Im Zeitraum von 2000 bis 2004 lag Deutschland regelmäßig über der Grenze „Inflation plus Produktivität“. Andererseits gibt es nur ein Land (Po-

len), in dem die Grenze innerhalb dieses Zeitrahmens gar nicht erreicht wurde. Bei den anderen Ländern gibt es von Jahr zu Jahr wechselnde Entwicklungen.

Die EUCOB@ Informationen zeigen auch, dass in jenen Fällen, in denen die Abschlüsse unterhalb der Koordinierungsformel liegen, es keinen Hinweis für bewusstes Sozialdumping gibt. ...

### 4. Neue Mitgliedstaaten: Höhere Abschlüsse bei höherem Wachstum – Koordinierungsformel zentral für langfristige Angleichung

In den neuen EU-Mitgliedstaaten waren Wirtschaftswachstum, Produktivitätsanstieg und auch Inflationszuwachs durchschnittlich höher als in den alten EU-Mitgliedsländern. Dementsprechend kam es zu höheren Zuwächsen bei den Arbeitsentgelten.

(...)

### 5. Arbeitszeit – wachsende Flexibilisierung, Druck auf Arbeitszeitverlängerung, kaum Arbeitszeitverkürzung

In jüngster Zeit ist der von den Unternehmen ausgehende ökonomische, aber auch der politische Druck (z.B. Frankreich, aber auch Arbeitszeitrichtlinie der EU-Kommission) auf die Regulierung der Arbeitszeit gewachsen. In Deutschland, Frankreich, Belgien und anderen Ländern kam es verschiedentlich zu verlängerten Arbeitszeiten. Die Arbeitszeitanalyse des EMB zeigt, dass die Phase der tariflichen Arbeitszeitverkürzung nahezu zum Stillstand gekommen ist – mit Ausnahme der neuen Mitgliedsländer. Dort ist die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung aktuell. Insgesamt hat sich die Arbeitszeit in den EMB-Mitgliedsländern in der Periode 1997 bis 2003 gleichgerichtet entwickelt. Die durchschnittliche tarifliche Arbeitszeit ist mittlerweile leicht unterhalb des von der Arbeitszeitcharta des EMB definierten Niveaus (maximal 1750 Stunden jährlich) – doch die tatsächliche Arbeitszeit liegt deutlich über diesem Limit. Viele Mitgliedsländer sind noch weit von der angestrebten 35-Stunden-Woche entfernt.

Im Mittelpunkt der Arbeitszeitentwicklung steht mittlerweile die verstärkte Flexibilisierung. Flexible Formen der Arbeitszeitgestaltung weiten sich aus. Die individuelle Arbeitszeit wird zunehmend von der Betriebszeit bzw. der Öffnungszeit der Fabriken,

Unternehmen und Dienstleistungsanbietern entkoppelt. ...

**Arbeitszeitkonten** – Arbeitszeitkonten als ein Instrument zur Flexibilisierung der individuellen Arbeitszeit gewinnen laufend an Bedeutung. In den EU-Mitgliedsländern gibt es für durchschnittlich 20 Prozent der Arbeitnehmer Arbeitszeitkonten (*eurostat, Arbeitszeiten, Thema 3-7/2004, Beschäftigung und soziale Bedingungen, Brüssel 21. 4. 2004*).

In Deutschland haben 41 % aller Beschäftigten ein Arbeitszeitkonto – Tendenz steigend. Seit 1999 stieg die Anwendung von Arbeitszeitkonten in Westdeutschland um vier Prozentpunkte auf 42 % und in Ostdeutschland um sechs Prozentpunkte auf 38 %. (*Ergebnis der Untersuchung des Instituts zur Erforschung sozialer Chancen (iso), Köln 2004, S. 117 ff.*)

### 6. Flexibilisierung der Arbeitsverträge führt zu weiterer Ausdifferenzierung der materiellen Lage der Beschäftigten – Unterschiede wachsen

Die weitere Ausdifferenzierung der Arbeitseinkommen ist nicht vorrangig das Ergebnis der Tarifabschlüsse der abgelaufenen Periode. Denn diese haben im großen und ganzen zu keinen zusätzlichen Einkommensunterschieden zwischen den einzelnen Tarifgruppen beigetragen – im Gegenteil, in manchen Ländern wurde z.B. die tarifliche Angleichung der Entgelte von Arbeitern und Angestellten vorangebracht. Allerdings haben sich doch die effektiven Arbeitseinkommen in zahlreichen Ländern der EU weiter ausdifferenziert.

Der Anteil der Niedriglohnbezieher, d.h. der Arbeitnehmer mit einem Brutostundenverdienst, der mehr als 25 % unter dem länderspezifischen Durchschnitt liegt, beträgt EU-weit 24 %, genauer gesagt 18 % bei den Männern und 32 % bei den Frauen. Am höchsten ist der Anteil der Niedriglohnbezieher in Irland, dem Vereinigten Königreich, Deutschland und den Niederlanden, und besonders stark betroffen sind gering qualifizierte Arbeitnehmer in Deutschland, Österreich, Dänemark, Irland und dem Vereinigten Königreich. (*Quelle: EU-Kommission GD Beschäftigung und Soziales, Beschäftigung in Europa 2003, Brüssel, Juli 2003*)

Die voranschreitende Ausdifferenzierung der materiellen Lage der Belegschaften liegt zum einen an der sehr unterschiedlichen Entwicklung von übertariflichen Zahlungen: Aufgrund

der ab 2001 einsetzenden ökonomischen Krise wurde der Spielraum für übertarifliche Zulagen geringer, in manchen Ländern, so auch in Deutschland, kam es zu einem erheblichen Abbau dieser Lohnbestandteile.

Zum anderen entsteht die weitere Ausdifferenzierung vor allem durch die voranschreitende Flexibilisierung von Arbeitsverträgen: Zeitarbeit (Leiharbeit), unfreiwillige Teilzeitarbeit, generell: durch ungesicherte Arbeitsverhältnisse. (Tabellen: Zeitliche befristete Arbeitsverträge in der EU, Unfreiwillige Kurzarbeit etc.)

#### **Teilzeitarbeit hat stark zugenommen**

– Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen abhängig Beschäftigten stieg in der EU von 14,2 % (1992) auf 18,2 % (2002). Viele Teilzeitbeschäftigte wollen eigentlich Vollzeit arbeiten. In der Statistik wird von „unfreiwilliger Teilzeitbeschäftigung“ gesprochen, wenn die Befragten als Grund für ihre Teilzeittätigkeit angeben, keine Vollzeitbeschäftigung gefunden zu haben. In der EU sagt jeder sechste Teilzeitarbeitende (15,9 %), dass er unfreiwillig in Teilzeit tätig ist.

**Befristete Arbeitsverhältnisse: bei jüngeren Arbeitnehmern deutlicher Zuwachs** – Innerhalb der letzten fünf Jahre hat der Anteil der befristet Beschäftigten in der EU leicht zugenommen. In der EU hatten 12,8 % aller abhängig Beschäftigten einen befristeten Arbeitsvertrag.

Dieser nur leichte Zuwachs überdeckt, dass die entsprechende Befristungsquote der jüngeren Beschäftigten deutlich zugenommen hat: In der EU hatten 2003 37 % der 15- bis 24-jährigen Arbeitnehmer und 10,5 % der 25 bis 49-jährigen einen befristeten Vertrag.

**Leiharbeitsverhältnisse** – Die Leiharbeit (vermittelt von Leiharbeits-Unternehmen – temporary work agencies) hat ihre Funktion im Rahmen der unternehmerischen Personalpolitik wesentlich verändert. Leiharbeiter werden nicht mehr nur in Fällen eines vorübergehend erhöhten Personalbedarfs beschäftigt, sondern auf Arbeitsplätze eingesetzt, deren dauerhafte Besetzung betriebsnotwendig ist. Es kommt also partiell zum Austausch von unbefristet Beschäftigten durch Leiharbeiter. In der Automobilindustrie sind heute schon bis zu 15 % der Belegschaft Leiharbeiter – in der Elektroindustrie und Maschinenbau ist die Tendenz ähnlich.

**Illegale Arbeit** – In zahlreichen Mitgliedsländern der EU wächst auch die Zahl der illegal beschäftigten Arbeitnehmer. Die Unternehmer nutzen die ausweglose Situation von Arbeitslosen und die – teils illegale – Zuwanderung brutal in Form von extrem geringer Be-

zahlung und miesen Arbeitsbedingungen aus.

#### **7. Sozialpolitische Themen werden wichtiger – Tarifpolitik als Lückenbüsser ... ?**

In vielen europäischen Ländern kümmert sich die Tarifpolitik stärker um originär sozialpolitische Fragen, wie vorzeitige Altersrente, Krankengeld/Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle, (betriebliche) Rentenversorgung, Mutterschafts-/Vaterschaftsurlaub etc. Das hat verschiedene Gründe.

Zum einen werden durch den sogenannten „Rückbau“ des Sozialstaats in vielen europäischen Ländern Lücken gerissen, die per Tarifvertrag wieder geschlossen werden sollen ...

Zum anderen kam es aber auch zu tarifvertraglichen Regelungen, die vorhandene sozialpolitische Gesetze und Rechte verbesserten. So wurden in Dänemark die bestehenden staatlichen Regelungen zum Krankengeld durch Tarifvertrag verbessert. Auch die Zahlungen bei Mutterschaft-/Vaterschaft wurden tarifvertraglich aufgebessert.

Es ist nicht zu übersehen, dass tarifpolitische Regelungen zu sozialpolitischen Themen in vielen Fällen nur die „zweitbeste Lösung“ sind. Denn die vom Tarifvertrag abzudeckenden sozialen Risiken – wie eben Alterssicherung, Krankengeld, Arbeitsmarktentlastung – sind im Kern gesellschaftliche und damit allgemeine Risiken. Der Tarifvertrag für eine Branche kann per definitionem immer nur für einen bestimmten Teil von Beschäftigten einen Ersatz bieten. „Branchensozialpolitik“ ist eben segmentiert und differenziert. Natürlich ist diese Art von solidarischer Lösung durch Tarifvertrag immer besser als das, was individuell auf dem Markt geleistet werden könnte. Doch es ist weniger als eine allgemeine sozialstaatliche Sicherung.

#### **8. Verhandlungsebene: Unternehmens-ebene gewinnt an Bedeutung – „kontrollierte Dezentralisierung“ („organized decentralisation“)**

Obgleich sich die Struktur der Tarifverhandlungsebenen in den Mitgliedsstaaten in jüngster Zeit nicht grundsätzlich geändert haben, so ist doch insgesamt die Bedeutung der regionalen und der Unternehmensebene gewachsen.

(...)

Viele Tarifvereinbarungen sind auf nationaler Ebene geschlossene sektorale Jahres- oder Mehrjahresverträge (Österreich, Belgien, Niederlande, Polen, Slowakische Republik, Slowenien), die größtenteils einen breiten Bereich umfassen (Lohn, Arbeitszeit und andere

Angelegenheiten). In den meisten Ländern ist die sektorale Verhandlungsebene Teil eines ausdifferenzierten Verhandlungssystems, das sowohl eine höhere intersektorale Ebene als auch eine niedrigere lokale oder Betriebsebene vorsieht.

Auf nationaler Ebene wurden in Ländern wie Belgien, Dänemark, Finnland, Italien, Norwegen, Polen, der Slowakischen Republik, Slowenien, Schweiz und nach jüngsten Entwicklungen auch in Schweden Grundsatz- oder Rahmenverträge geschlossen, die die Basis für die sektoralen Tarifvereinbarungen bilden.

Gleichzeitig scheint die Betriebsebene immer wichtiger zu werden. Es gibt Länder, in denen Verhandlungen auf dieser Ebene schon seit längerem fester Bestandteil der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen sind: Kroatien, Dänemark, Frankreich, Vereinigtes Königreich, Italien, Norwegen, Polen, Slowenien und Schweiz. In Belgien und auch in Schweden kann die betriebliche Ebene über die Art der Verwendung der auf sektoraler Ebene ausgehandelten Tarifierhöhung entscheiden.

(...)

#### **9. Einheitlicher Wirtschaftsraum EU – doch national fragmentierte Tarifpolitik: Anforderungen an Koordination und Information ist gewachsen**

(...)

Der EMB sieht sich deshalb veranlasst, seine Strategie weiter auszubauen. Der EMB wird

- die Lohnkoordinierungsregel verteidigen und stärken, um Lohndumping und Sozialabbau zu verhindern,
- die Arbeitszeit-Charta weiterentwickeln und stärken und sich gegen eine allgemeine Verlängerung der Arbeitszeit aussprechen,
- seine im Arbeitsprogramm 2004–2007 festgelegten Strukturen stärken und seine Präsenz in den nationalen Tarifverhandlungsgremien erhöhen,
- die Möglichkeiten des Eucob@-Netzes voll ausschöpfen, um die Tarifverhandlungen proaktiv zu unterstützen,
- seine Koordinierungsstrategie mit dem Vorschlag umsetzen, dass eine gemeinsame Forderung, die in allen Tarifverhandlungsrunden in Europa Aufnahme finden soll, aufgestellt werde,
- den Vorschlag der EU-Kommission über „die Bereitstellung eines optionalen Rahmens für transnationale Kollektivverhandlungen auf Unternehmens- oder auf Branchenebene“ aktiv aufgreifen und seine Position in das anstehende Anhörungsverfahren einbringen.

sichts wachsender Konkurrenz aus Fernost – damals aus Südkorea, Hongkong und Japan – diskutiert wurde, hätten sie vermutlich auch damals vorgeschlagen, die Löhne der Kohlebergleute, der Werftbeschäftigten und der Textilarbeiterinnen herunter und ihre Arbeitszeiten herauf zu fahren. Ergebnis einer solchen Defensivstrategie wäre nicht nur die Konservierung einer alten, überholten internationalen Arbeitsteilung, sondern auch einer falschen, arbeitsintensiven Technologie gewesen – und damit eine, wie die Nationalökonomie zu sagen pflegt, „Fehlallokation von Ressourcen“ gewesen. Sinkende Wachstumsraten und im Ergebnis genau das, was man angeblich verhindern will, nämlich steigende Arbeitslosigkeit, sind die Folge, wenn Kapital in alte, durch technologischen Wandel überholte Branchen fließt statt in neue, schnell wachsende Industrien. Um ein anderes Beispiel zu nehmen: Der finnische Nokia-Konzern war vor 15 Jahren noch ein weltweit unbekanntes Unternehmen, das vornehmlich Gummistiefel produzierte. Wäre dieser Konzern auf die Idee gekommen, eine Strategie à la Hundt, Westerwelle und Sinn zu fahren, so wären seine Beschäftigten und auch Eigentümer vermutlich heute allesamt „arm dran“, Nokia würde immer noch Gummistiefel herstellen und niemand außerhalb von Helsinki hätte je von dieser Firma gehört.

Milderung der Kostenkonkurrenz durch eine Innovations- und Modernisierungsstrategie, mehr Wachstum durch mehr Bildung und Qualifizierung, durch Entwicklung neuer Produkte und Produktionsprozesse – um diese „Offensivstrategie“ als Antwort auf die europäische Wachstumskrise, die auch in Kreisen der Unternehmen und der Politik durchaus ihre Anhänger hat, bemühen sich jetzt auch, das zeigen die hier wiedergegebenen Dokumente des EMB-Kongresses (Beispielsweise die Forderung zu Qualifizierungsrechten), auch die europäischen Industriegewerkschaften. Wobei, das soll nicht bestritten werden, diese Bemühungen noch ziemlich rudimentär sind.

Die Bedeutung europäischer Prozesse, europäischer Entscheidungen und Instanzen ist auch von den Gewerkschaften – ebenso wie in vielen politischen Lagern, auf der Rechten wie auf der Linken – lange Zeit unterschätzt worden. Die EU-Kommission hat eine Regel nach der anderen für die industrielle Produktion, für den Austausch von Gütern, Diensten und Arbeitskräften in der EU und mit umliegenden Staaten aufgestellt, Abkommen beschlossen, Vorschriften verhängt, und alle Welt beratschlagt heute über die Folgen und die Umsetzung und Einhaltung europäischer Normen. Gleichzeitig sind die europäischen Institutionen der Gewerkschaften noch immer lach-

haft schwach – kaum Leute, kaum Ressourcen, kaum Kommunikation und gegenseitige Hilfe auf europäischem Niveau. Insofern stehen auch die Bemühungen des EMB noch ziemlich am Anfang. Viele, zu viele Fragen sind offen, sind bis heute nicht gelöst, weil man sich viel zu lange darauf verließ, dass die alten, eingespielten Mechanismen der auf Westeuropa begrenzten EU, in und um die „Industrie-Banane“ herum, schon reichen, alles irgendwie regeln würden. Probleme, die blieben, würde man auf nationalstaatlicher Ebene lösen – so ungefähr war die Position.

Dieser Irrtum rächt sich jetzt. Die EU ist längst ein viel gewichtigerer, viel entscheidenderer Akteur geworden. Ihre Richtlinien und Normen, ihre Programme regeln inzwischen fast alle Lebensbereiche – vom freien Warenaustausch und Außenhandel mit anderen Regionen über die Ausschreibungsregeln für öffentliche Leistungen und Dienste bis hin zu technischen Normen für industrielle Produkte, Regeln für Bankdienstleistungen, Datenaustausch und Datenverkehr. Und an die Stelle der einfachen Trends und Normen setzenden „Banane“ und ihrer Industriegewerkschaften ist eine komplexe Situation getreten, mit Aufholprozessen an den Rändern und einer gleichzeitigen – vor allem durch die Osterweiterung sichtbar gewordenen – enormen Polarisierung der Löhne, Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Wenn VW seine Autos in der Slowakei fertigen kann und dort 5 Euro pro Stunde zahlt, dann sind das für die Slowakei vor dem Hintergrund der dortigen Mieten, Lebensmittelpreise und Preise für öffentliche Güter Spitzenlöhne. Für die Beschäftigten in Wolfsburg entsteht damit aber eine bisher nicht gekannte Konkurrenzsituation. Auch wenn die Export-PKWs in die USA sicher noch lange nicht aus der Slowakei kommen werden, weil allein die Transportkosten und -zeiten von Bratislava an die Nordsee dafür zu hoch sind – die Erweiterung der EU und der damit einhergehende rasche Ausbau der Verkehrswege und die damit verbundene Intensivierung des Binnenmarktes und der innereuropäischen Arbeitsteilung schafft eine neue Situation. Ähnliches gilt für Audi-Motoren aus Ungarn, für Kühlschränke, Busse und Fernseher aus der Türkei, für IT-Produkte aus Rumänien, für Motoren und Kraftwerksanlagen aus der Tschechischen Republik usw. usf. Welche Regeln sollen in dieser, erweiterten EU in Zukunft gelten? Jetzt rächt sich, dass so einfache Normen wie der 8-Stunden-Tag, Kündigungsschutz, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats usw., (arbeitsfreie Zeiten am Sonntag und in der Nacht?) bis heute keine europäischen Standards sind, in den Richtlinien, im Regelwerk der EU weit-

gehend nicht verankert sind. Noch immer ist die EU vor allem eine Freihandelszone – eine Freihandelszone für Waren, Menschen und Dienstleistungen, die für die menschliche Arbeitskraft kaum feste, alle bindende Regeln kennt.

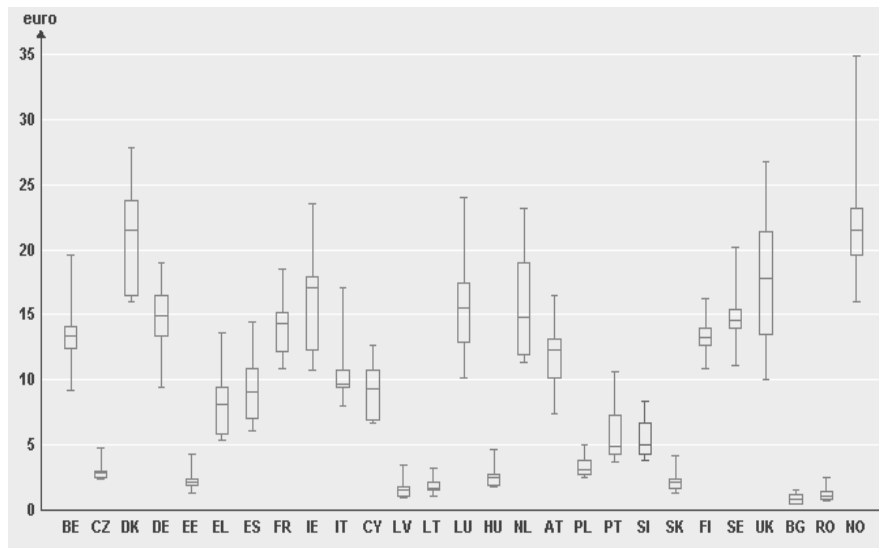
Auf die Verwerfungen am Arbeitsmarkt hat die EMB-Konferenz mit einer Entschließung zu prekären Arbeitsverhältnissen reagiert. Das Problem ist in dem hier dokumentierten Papier zu „Aktuellen Trends“ beschrieben und in der Entschließung wird auch der Bezug zu relevanten und aktuellen europäischen Rechtsetzungsverfahren (Arbeitszeitrichtlinie, Dienstleistungsrichtlinie und der Richtlinie zu Leiharbeit) gezogen. Allerdings fehlen konkrete Anforderungen an die Richtlinien und es gibt keine Aktionspläne. Der EMB kopiert teils die offiziellen EU-Politik, etwa durch eine positive Bezugnahme auf die Lissabon-Strategie oder die Nachahmung der „Methode der offenen Koordination“ in seiner Kampagne zur tariflichen Durchsetzung von Qualifikationsansprüchen. Die Etablierung angemessener gewerkschaftlicher Strukturen für die europäische Arbeit hinkt dem weit hinterher. Vor allem in Bezug auf die Debatte zur Novellierung der europäischen Arbeitszeitrichtlinie wird die eklatante Schwäche der Gewerkschaften deutlich, Aktionsfähigkeit in europäischen Rechtsetzungsverfahren zu entfalten. Der EMB konstatiert, dass „der Druck auf die Regulierung der Arbeitszeit gewachsen“ sei, eine spürbare Kampagne des EGB oder des EMB zur aktuellen Revision der Arbeitszeitrichtlinie ist jedoch nicht wahrnehmbar. Die Diskussion im verantwortlichen Ausschuss des EU-Parlaments waren weitgehend als die Forderungen des EGB und bis heute hat niemand die Forderung nach einer Begrenzung der täglichen Höchstarbeitszeit erhoben.

Dennoch sind die Beschlüsse der Konferenz des EMB zu Fragen der Qualifizierung und zu einer Kampagne gegen die um sich greifende Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse geeignet, eine intensivere Diskussion um europäische Mindeststandards einzuleiten und einen Bezug zu einer Reihe von relevanten Richtlinien herzustellen und sie dürften erheblich kampagnenfähiger sein als allgemeine Anforderungen an die nationale Lohnpolitik, die letztlich in einem Gewirr von Interessen und konkreten ökonomischen Entwicklungen Konstellationen versickert. Das Bemühen der Gewerkschaften um europäische soziale Standards steht erst am Anfang und wird ohne ein Verständnis der wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen wohl auch kaum vorankommen. Es wäre zu wünschen, dass sich auch die parteipolitische Linke dieser Aufgabe ernsthafter annimmt als bisher.

rül, rog

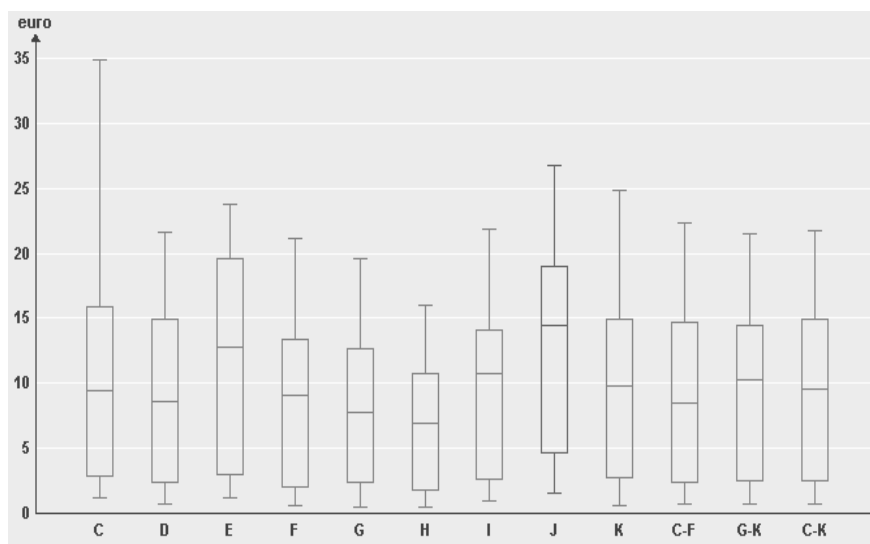
### Abbildung 3: Streuung der Bruttostundenverdienste in Euro

#### a) Ländervergleich (leicht betont: Slowenien)



Maximum: NACE-Abschnitt J (Ausnahmen: Abschnitt C für DK, NL und NO, Abschnitt E für BE, EL, IE und AT),  
Minimum: NACE-Abschnitt H (Ausnahmen: Abschnitt G für CZ und CY)

#### b) Vergleich nach Wirtschaftszweigen (leicht hervorgehoben: Kreditinstitute und Versicherungen (ohne Sozialversicherung))



Eine umfassendere Darstellung der Streuung der Bruttostundenverdienste vermittelt obige Abbildung, die mit Boxplots operiert und einer Publikation von Eurostat entnommen ist. Ein Boxplot aggregiert die in einem Datensatz enthaltene Information zu fünf Kenngrößen. Er wird definiert durch eine rechtwinklige Box der Länge  $x_{0,75} - x_{0,25}$  (Differenz zwischen dem oberen und dem unteren Quartil – der so genannte Quartilsabstand, der die inneren 50% der nach zunehmender Größe geordneten Daten definiert), den Mittelwert/Median  $x_{0,5}$  (innerhalb der Box markiert) und die Extremwerte  $x_{\min}$  und  $x_{\max}$ . Letztere sind mit der Box über Linien verbunden. Die Gesamtlänge eines Boxplots entspricht der Spannweite des Datensatzes. Ein

kleiner Abstand vom Minimallohn ( $x_{\min}$ ) bis zum Beginn der Box zeigt beispielsweise, dass wenig Differenzierung bei den Niedriglöhnern besteht.

In der Abbildung wird für alle Länder die Streuung der Bruttostundenverdienste zwischen den Wirtschaftszweigen visualisiert. Einerseits zeigt die Abbildung, dass das mittlere Niveau der Bruttostundenverdienste von Land zu Land beträchtlich differiert. Bei den neuen Mitgliedsstaaten ohne Zypern hat Slowenien das höchste Verdienstniveau. Der Median für Slowenien liegt sehr nahe an dem für Portugal. Der Median für Zypern liegt leicht über dem von Spanien und leicht unter dem von Italien. Andererseits zeigt die Grafik, dass die Verteilung der Verdienste innerhalb der Länder ebenfalls sehr

unterschiedlich ist. Die Mediane für Belgien (13,80 Euro) und für Finnland (13,41 Euro) liegen beispielsweise sehr nahe beieinander, doch die Spannweite der Verdienste zwischen verschiedenen Wirtschaftszweigen, durch die Gesamtlänge des Boxplots repräsentiert, ist in Belgien höher. Länder mit einem vergleichbaren durchschnittlichen Lohnniveau, das auch auf eine vergleichbare Wirtschaftskraft schließen lässt, bringen dennoch eine sehr verschiedene Lohndifferenzierung hervor. Dies ist mindestens ein Hinweis auf weitere (traditionelle, kulturelle, politische) Faktoren, die bezüglich der Lohndifferenzierung wirksam sind.

(Quelle: Eurostat: Statistik kurz gefasst, Bevölkerung und soziale Bedingungen; 12/2005. Bruttoverdienste in Europa)

**19./20. November. Frankfurt/Main.** *Jenseits der Wahl – Die nächsten Schritte sozialer Bewegung.* Strategie- und Aktionskonferenz des Sozialforum in Deutschland. Einladener attac, ver.di- und IG Metall-Linke usw. Ort: Universität Frankfurt, Campus Bockenheimer. Näheres unter: [www.ver-sammlung-sozialer-bewegungen.de](http://www.ver-sammlung-sozialer-bewegungen.de)

**19./20. November. Nürnberg.** *60 Jahre Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess*, Gerichtssaal 600, Bärenschanzstr. 72, Veranstalter: Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg. [www.menschenrechte.nuernberg.de](http://www.menschenrechte.nuernberg.de)

**25.–27. November, Nürnberg.** *Gewerkschaftspolitische Workshop: Gewerkschaften in der „globalisierungsfalle“ – Widerstandszentrum oder Auslaufmodell?* mit Fr. 19 Uhr Horst Schmitthenner: „Strategien gewerkschaftlichen Handelns – Wege aus der Defensive“. Sa. 9:30 Uhr Conrad Schuhler (ISW): „Globalisierung bedeutet vor allem, dass die Unternehmen sich von den Interessen der Belegschaften abkoppeln“. Sa. 14 Uhr: Diskussion mit Wolfgang Ziller und Johann Rösch „Globalisierung und Arbeitsplatzvernichtung vor Ort. (z.B. Karstadt/Quelle, FAG Kugelfischer Schweinfurt, AEG, Siemens). Was kann Widerstand vor Ort erreichen?“. So. 10 Uhr Wird ein „linker Brei“ gerührt – oder wächst jetzt zusammen, was zusammen gehört? Diskussion mit Thomas Händel (Mitgründer der WASG) und Harald Werner (bis dato gewerkschaftspolitische Sprecher der PDS).

## Neue Kriege in Sicht?

12. bundesweiter und internationaler  
**Friedensratschlag 2005**  
in Kassel



### Einladung und Programm

zum 12. Friedenspolitischen Ratschlag

**Freitag-Sonntag, 2./3./4. Dez. 2005**

**Tagungsorte:** Universität Kassel,  
Standort Holländischer Platz  
(Konzert am 2. Dez.:  
Wilhelmshöher Allee 73)

**Ein oder mehrere Imperien?  
USA, EU und die neuen Mächte**

**Naher, Mittlerer und Ferner Osten:  
Euroasiatischer Spannungsbogen**

**Deutsche Soldaten in aller Welt:  
Kosten, Gefahren, Widerstände**

**10./11. Dezember. Dresden.** *3. Tagung des 9. Parteitags der Linkspartei.PDS.* „Die Bundesrepublik nach der Wahl und die Herausforderungen für die politische Linke“, Statutänderung Doppelmitgliedschaft, Kommunalpolitische Leitlinien.

**24. bis 29. Januar. Sechstes Weltsozialforum.** Zum ersten Mal wird es allerdings nicht ein zentrales Forum geben, sondern drei Teilforen in verschiedenen Kontinenten. Ein Treffen findet in Bamako (Mali/Afrika) statt, eines in Karachi (Pakistan/Asien) und das dritte in Caracas (Venezuela/Amerika). Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren, werden doch in den Städten jeweils zehntausende Aktivistinnen und Aktivisten aus den verschiedensten Teilen der sozialen Bewegungen erwartet. TeilnehmerInnen, Organisationen, HelferInnen und JournalistInnen werden aufgefordert, sich für Aktivitäten zu registrieren ([www.wsf2006.org](http://www.wsf2006.org)). Aus verschiedenen Kritiken heraus finden außerdem zwei Alternativforen in Venezuela statt.

### Zum Vormerken:

**1. Linke Winterschule vom 5. bis 8. Januar in  
Sondershausen / Thüringen**

Bisher steht fest das Thema im Kurs Philosophie: „Wohlfahrtsstaat“: Subsidiarität oder Alimentieren. Für die Kurse Wirtschaft und Geschichte werden wir die Themen demnächst veröffentlichen.

**Jahreskonferenz  
Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften**

**am 8./9. April („Palmsonntag“) 2006 in  
Frankfurt/Main**

Thema: Soziale Bewegungen (Mindestlohn, Arbeitszeit) in Europa und ihre Ergebnisse

### Vorschau auf Wahlen

| Jahr        | Monat  | Land              |          | Ter-<br>min | Wahl-<br>periode |
|-------------|--------|-------------------|----------|-------------|------------------|
| <b>2006</b> | März   | Hessen            | Kommunal | 26.3.       | 5 Jahre          |
|             | März   | Baden-Württemberg | Landtag  | 26.3.       | 5 Jahre          |
|             | März   | Rheinland-Pfalz   | Landtag  | 26.3.       | 5 Jahre          |
|             | März   | Sachsen-Anhalt    | Landtag  | 26.3.       | 4 Jahre          |
|             | Sept.  | Niedersachsen     | Kommunal | 10.9.       | 5 Jahre          |
|             | Herbst | Meck.-Pomm.       | Landtag  |             | 4 Jahre          |
|             | Herbst | Berlin            | Landtag  |             | 5 Jahre          |

Quelle: [www.bundeswahlleiter.de](http://www.bundeswahlleiter.de)